



# **SWOT-Analyse 2008**

## **Dienst für politische Planung und Controlling**

**24.11.2008**  
**Version: 1.0**

## Inhaltsverzeichnis

<b>Einleitung</b> .....	<b>4</b>
<b>Vorgehen</b> .....	<b>5</b>
<b>1. Staat und Bürger</b> .....	<b>6</b>
1.1. Den Kanton fassbarer machen .....	6
1.2. E-Government.....	7
1.3. Personalpolitik.....	8
<b>2. Sicherheit und öffentliche Ordnung</b> .....	<b>9</b>
2.1. Gewalt bei Sportveranstaltungen .....	9
2.2. Migration und Integration.....	10
2.3. Sicherheit im öffentlichen Raum.....	11
<b>3. Bildung und Forschung</b> .....	<b>12</b>
3.1. Fachhochschullandschaft im Kanton St.Gallen.....	12
<b>4. Kultur, Sport und Freizeit</b> .....	<b>13</b>
4.1. Umsetzung des Konzeptes Sport und Bewegung.....	13
<b>5. Gesundheit</b> .....	<b>14</b>
5.1. Bündnis gegen Depression .....	14
5.2. Gesundes Körpergewicht bei Kindern: Programm Kinder im Gleichgewicht (KIG).....	15
5.3. Staatsverwaltung als Healthy Workspace für einen gesunden Lebensstil der Mitarbeitenden .....	16
5.4. Angebote in der gesundheitlichen Altersvorsorge – Vernetzung im geriatrischen Bereich.....	17
5.5. Bedarfsplanung aller Gesundheitsberufe zur Sicherstellung der Gesundheitsversorgung .....	18
5.6. E-Health.....	19

<b>6. Soziale Sicherheit .....</b>	<b>20</b>
6.1. Familie gewinnt Politik.....	20
6.2. Kinder haben Recht .....	21
6.3. Zuwanderung, Information und "Willkommenskultur".....	22
<b>7. Verkehr .....</b>	<b>23</b>
7.1. Agglomerationsentwicklung.....	23
<b>8. Umwelt und Raumordnung .....</b>	<b>24</b>
8.1. Biodiversität – schätzen und nutzen .....	24
8.2. Politik für den ländlichen Raum .....	25
8.3. Schutz vor Naturgefahren .....	26
8.4. Klimaschutz und Luftqualität.....	27
8.5. Nachhaltiges Baustoffmanagement.....	28
8.6. Energieversorgung.....	29
8.7. Geoinformationspolitik.....	30
<b>9. Volkswirtschaft .....</b>	<b>31</b>
9.1. Wissens- und Technologietransfer (WTT) .....	31
9.2. Internationalisierungsstrategie.....	32
9.3. Stärkung der Regionen und der regionalen Zusammenarbeit.....	33
9.4. Standortwettbewerb .....	34
<b>10. Finanzen und Steuern.....</b>	<b>35</b>
10.1. Risikomanagement und Internes Kontrollsystem (IKS).....	35
10.2. Finanz- und Steuerstrategie.....	36

## Einleitung

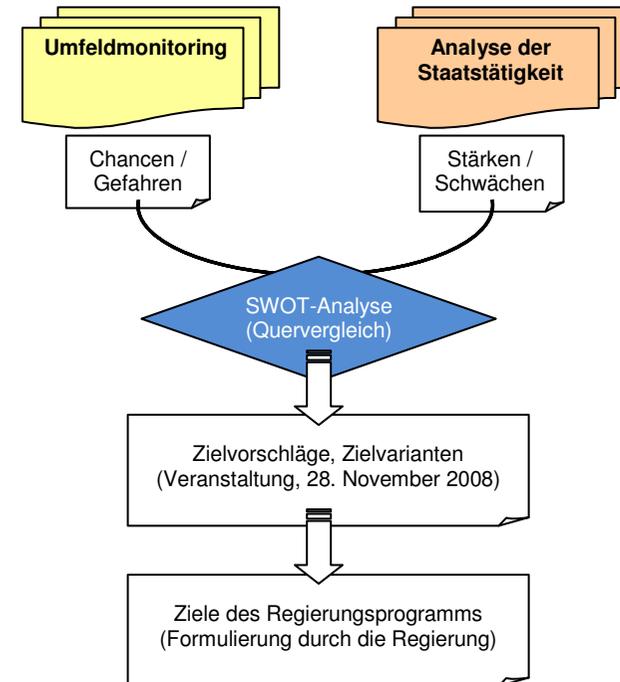
Bei der SWOT-Analyse handelt es sich um ein strategisches Analyseinstrument, welches die interne Ressourcensituation einer öffentlichen Institution miteinbezieht. Mit Hilfe der SWOT-Analyse wird zum einen aus einer Innensicht untersucht, welche die spezifischen Stärken (Strengths) und Schwächen (Weaknesses) einer Institution beschreibt. Zum anderen werden die Chancen (Opportunities) und Gefahren (Threats), die sich für die Institution aufgrund der Art und Intensität zukünftiger Umfeldentwicklungen ergeben können, aus einer Aussensicht analysiert. Aus der Kombination der Stärken/Schwächen-Analyse und der Chancen/Gefahren-Analyse kann eine ganzheitliche Sicht für die weitere Ausrichtung der staatlichen Aufgaben und der Entwicklung der Geschäftsprozesse abgeleitet werden. Je nach Kombination ergeben sich unterschiedliche Strategien:

		<i>Innensicht</i>	
		<b>Stärken</b>	<b>Schwächen</b>
<i>Aussensicht</i>	<b>Chancen</b>	Verfolgen von Chancen, die gut zu den Stärken passen.	Schwächen eliminieren, um Chancen zu nutzen.
	<b>Gefahren</b>	Stärken nutzen, um Gefahren abzuwenden.	Strategien entwickeln, um Schwächen zu eliminieren und Gefahren zu begegnen.

Grafik: SWOT-Analyse

Im Rahmen der Erarbeitung des Regierungsprogramms 2009-2013<sup>1</sup> kommt der SWOT<sup>2</sup>-Analyse eine Grundlagenfunktion zu. Sie bietet neben dem Um-

feldmonitoring<sup>3</sup> und der Analyse der Staatstätigkeit<sup>4</sup> weitere nützliche Informationen zur Formulierung der Ziele des Regierungsprogramms 2009 - 2013.



Grafik: Zielerarbeitungsprozess

<sup>1</sup> Gemäss Art. 16b des Staatsverwaltungsgesetzes (sGS 140.1) beschliesst die Regierung bis Ende des ersten Jahres der Amtsdauer das Regierungsprogramm, das während vier Jahren gilt. Das Regierungsprogramm enthält Schwerpunkte staatlichen Handelns sowie geplante Massnahmen zur Erreichung der Ziele.

<sup>2</sup> dt.: Stärken (**S**trengths), Schwächen (**W**eaknesses), Chancen (**O**pportunities), Gefahren (**T**hreats)

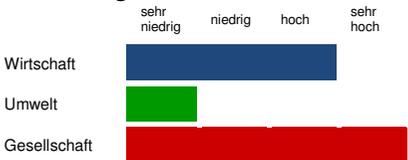
<sup>3</sup> vgl. RRB 2006/98.1 (Modellbericht "Umfeldmonitoring")

<sup>4</sup> vgl. RRB 2006/796.1 (Modellbericht "Regierungsprogramm, Aufgaben- und Finanzplan")

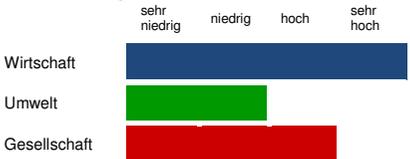


# 1. Staat und Bürger

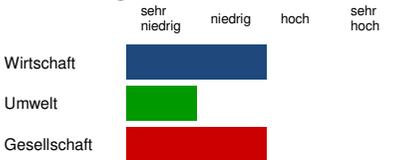
## 1.1. Den Kanton fassbarer machen

<p><b>Zusammenfassung:</b> Den Kanton fassbarer machen heisst, mehr Transparenz zu ermöglichen (gläserne Verwaltung einführen), das Profil zu verbessern (Erscheinungsbild erneuern und vereinheitlichen) sowie das Image zu erhöhen (die Marke "St.Gallen kann es" ausschöpfen). Transparenz schaffende Information der Öffentlichkeit verlangt, dass nicht mehr der Grundsatz der Geheimhaltung im Vordergrund steht, der es der Verwaltung überlässt, ob, wann und wie sie informieren will. Dieser Grundsatz ist durch das Prinzip der Öffentlichkeit des Verwaltungshandelns zu ersetzen. Damit soll der individuelle Anspruch auf Zugang zu amtlichen Dokumenten sichergestellt werden sowie das Vertrauen und die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger in "ihre" Verwaltung gestärkt werden.</p> <p>Mehr Profil wird mit einem zeitgemässen Erscheinungsbild des Kantons erreicht. Wie jedes Unternehmen soll auch der "Dienstleistungsbetrieb Kanton St.Gallen" über ein zeitgemässes visuelles Erscheinungsbild verfügen, das eine positiv besetzte Assoziation zum Kanton St.Gallen zu bewirken vermag. Das Erscheinungsbild wird über Wappen und allenfalls Logo sowie über Korrespondenz, amtliche Publikationen und Auftritte des Kantons kommuniziert. Mit dem visuellen Auftritt soll die Kommunikation zwischen den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Behörden erleichtert werden.</p> <p>Die Entwicklung eines neuen Erscheinungsbildes bietet gleichzeitig die Chance, das künftige Erscheinungsbild und die Marke "St.Gallen kann es" visuell zu harmonisieren. Die Marke ist ein hervorragendes Marketinginstrument, das die Möglichkeit bietet, Profil und USP-Eigenschaften (unique selling position) des Kantons gut zur Geltung zu bringen, wovon auch das Image profitiert.</p>		<p><b>Verweis:</b> Analyse der Staatstätigkeit zum Thema <i>Den Kanton fassbarer machen</i> aus der Staatskanzlei;</p> <p>Umfeldmonitoring zum Politikbereich <i>Staat und Bürger</i>, Thema <i>Bürgerfreundliche Verwaltung</i>.</p>								
<p><b>Chancen:</b> Das Image des Kantons in der Öffentlichkeit verbessert sich nachhaltig. Die Auffassung von der Notwendigkeit des Staates und dem Sinn und Zweck seiner Tätigkeiten wird gestärkt.</p>	<p><b>Gefahren:</b> Die Legitimation für verstärkte Kommunikations- und Marketinganstrengungen kann mit dem Verweis auf die Kernaufgaben des Staates geschwächt werden.</p>	<p><b>Nachhaltigkeit:</b></p>  <table border="1"> <thead> <tr> <th>Kategorie</th> <th>Nachhaltigkeitsniveau</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Wirtschaft</td> <td>hoch</td> </tr> <tr> <td>Umwelt</td> <td>sehr niedrig</td> </tr> <tr> <td>Gesellschaft</td> <td>sehr hoch</td> </tr> </tbody> </table>	Kategorie	Nachhaltigkeitsniveau	Wirtschaft	hoch	Umwelt	sehr niedrig	Gesellschaft	sehr hoch
Kategorie	Nachhaltigkeitsniveau									
Wirtschaft	hoch									
Umwelt	sehr niedrig									
Gesellschaft	sehr hoch									
<p><b>Stärken:</b> Die kantonalen Organe und Behörden handeln effizient und zeitgerecht.</p>	<p><b>Schwächen:</b> Leistungen, die von den kantonalen Behörden erbracht werden, werden oft zu wenig wahrgenommen. Die positive Würdigung bleibt aus. Staatliche Leistungserbringer wenden unterschiedliche Erscheinungsbilder an und werden so nur bedingt mit dem Kanton in Verbindung gebracht.</p>	<p><b>Herausforderungen:</b> Information, Kommunikation und die damit verbundene Förderung der Identifikation sind zu verbessern.</p>								

## 1.2. E-Government

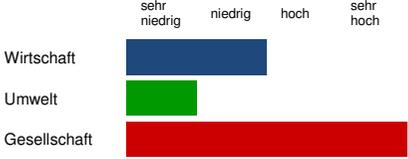
<p><b>Zusammenfassung:</b> Die Nutzung von Mitteln der Informations- und Kommunikationstechnik in Regierung und öffentlichen Verwaltungen, kurz E-Government, ist in allen entwickelten Gesellschaften und Volkswirtschaften zur messbaren Schlüsselgrösse für eine zeitgemässe Regierung und Verwaltung geworden. E-Government ist wegen seiner Schnittstellen zu andern Schlüsselgebieten der modernen Informations- und Wissensgesellschaft von grosser Bedeutung.</p> <p>Der Bund und die Kantone erachten die Zusammenarbeit im Bereich E-Government als strategisch wichtig. Eine effiziente, transparente und kundenfreundliche Verwaltung über alle drei Stufen ist von zentraler Bedeutung. Mit einer öffentlich-rechtlichen Rahmenvereinbarung über die E-Government-Zusammenarbeit in der Schweiz (2007-2011) regeln Bund und Kantone das gemeinsame Vorgehen von Bund, Kantonen und Gemeinden bei der Umsetzung der E-Government-Strategie Schweiz für die Jahre 2007 bis 2011. Der Kantonsrat hat den Bericht und Entwurf der Regierung vom 10. Oktober 2006 zum E-Government im Kanton St.Gallen (kurz E-Government-Strategie 2006) gutgeheissen und zur Finanzierung der für die Umsetzung der E-Government-Strategie 2006 erforderlichen Investitionen wurde ein Sonderkredit von Fr. 6'600'000.- gewährt.</p>		<p><b>Verweis:</b> Analyse der Staatstätigkeit zum Thema <i>E-Government</i> aus dem Finanzdepartement;</p> <p>Umfeldmonitoring zum Politikbereich <i>Staat und Bürger</i>; Thema <i>Bürgerfreundliche Verwaltung</i>.</p>								
<p><b>Chancen:</b> Die Anspruchshaltung der Bevölkerung gegenüber der Verwaltung ist in den letzten Jahren gestiegen. Dies hat zur Folge, dass in der Verwaltung das Bewusstsein für effiziente Verwaltungsabläufe, offene Informationspolitik und Transparenz gestiegen ist. Als Pionierkanton können wir das Setzen von Standards beeinflussen, auch auf Bundesebene.</p>	<p><b>Gefahren:</b> Eine elektronische Zweiklassengesellschaft (digital divide) zeichnet sich ab. Zudem verhindert der Föderalismus die Durchsetzung von einem einheitlichen System für Bund, Kantone und Gemeinden. Bedenken betreffend Sicherheit oder Datenschutz erschweren den Aufbau optimaler Lösungen.</p>	<p><b>Nachhaltigkeit:</b></p>  <table border="1"> <thead> <tr> <th>Kategorie</th> <th>Nachhaltigkeitsniveau</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Wirtschaft</td> <td>hoch</td> </tr> <tr> <td>Umwelt</td> <td>zwischen niedrig und hoch</td> </tr> <tr> <td>Gesellschaft</td> <td>sehr niedrig</td> </tr> </tbody> </table>	Kategorie	Nachhaltigkeitsniveau	Wirtschaft	hoch	Umwelt	zwischen niedrig und hoch	Gesellschaft	sehr niedrig
Kategorie	Nachhaltigkeitsniveau									
Wirtschaft	hoch									
Umwelt	zwischen niedrig und hoch									
Gesellschaft	sehr niedrig									
<p><b>Stärken:</b> Der Kanton St.Gallen und seine Gemeinden haben sich seit der Verabschiedung der ersten E-Government-Strategie im Jahr 2002 als führend erwiesen. Gute Voraussetzungen sowohl in organisatorischer und technischer Hinsicht unterstützen und vereinfachen die Umsetzung von E-Government.</p>	<p><b>Schwächen:</b> Ein effizientes E-Government erfordert umfangreiche gesetzliche Anpassungen, teilweise auch auf Bundesebene. Diese Gesetzgebungsprozesse sind langwierig und nur bedingt beeinflussbar.</p>	<p><b>Herausforderungen:</b> Umfangreiche gesetzliche Anpassungen auf Bundes- und Kantons-ebene sind zwingend. Das Synergiepotenzial zwischen E-Government und E-Health ist auszuschöpfen. Die Koordination zu weiteren Vorhaben muss sichergestellt sein, wie z.B. Geoinformationspolitik, GIS-Strategie, E-Health etc. Wenn die Gemeinden betroffen sind, sind sie frühzeitig beizuziehen. Zudem wird auf eine klare Aufgabenteilung Wert gelegt. Die Bemühungen im Bereich E-Government haben den Bedürfnissen der Wirtschaft zu entsprechen. E-Government-to-Business (G2B) Lösungen für die St.Galler Wirtschaft sind anzustreben.</p>								

### 1.3. Personalpolitik

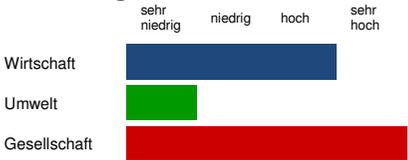
<p><b>Zusammenfassung:</b>                  Der Kanton St.Gallen als grösster Arbeitgeber im Kanton steht auf dem Arbeitsmarkt einerseits in Konkurrenz mit privaten und öffentlichen Arbeitgebern, andererseits hat je nach Themenbereich sein Handeln immer auch Vorbildcharakter. Eine in Zusammenhang mit dem Postulat 43.07.20 "Vereinbarkeit von Beruf und Familie" durchgeführte Umfrage bei anderen öffentlichen Verwaltungen hat gezeigt, dass der Kanton St.Gallen wohl über eine zeitgemässe strategische Ausrichtung seiner Personalpolitik verfügt. Allerdings ist vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Veränderungen (Wertewandel und demografische Entwicklung) auch die Personalpolitik weiterzuentwickeln.</p> <p>Insbesondere der Wertewandel und die demografische Entwicklung stellen die Personalpolitik vor neue Herausforderungen. Es ist zu beobachten, dass aufgrund des Wertewandels das Verhältnis zwischen Beruf und Freizeit individueller und flexibler gestaltet wird und sich die Arbeitsbeziehung von einer hoheitlichen hin zu einer partnerschaftlichen verschiebt. Zudem muss infolge der demografischen Entwicklung die Attraktivität als Arbeitgeber erhalten und eine ausreichende Rekrutierung von qualifizierten Mitarbeitenden sichergestellt werden. Der aus diesen Faktoren hergeleitete Reformbedarf lässt die Erarbeitung eines innovativen und zukunftsgerichteten Personalrechts als strategische Zielsetzung erscheinen. Erste Weichenstellungen hierzu sind bereits initiiert worden (Revision Versicherungskasse, Totalrevision des Dienstrechts). Weitere Erkenntnisse aus themenverwandten Gebieten ("Vereinbarkeit von Beruf und Familie") können ebenfalls berücksichtigt werden.</p>		<p><b>Verweis:</b>                  Analyse der Staatstätigkeit zum Thema <i>Personalpolitik</i> aus dem Finanzdepartement;</p> <p>Umfeldmonitoring zum Politikbereich <i>Staat und Bürger</i>, Thema <i>Bürgerfreundliche Verwaltung</i>.</p>								
<p><b>Chancen:</b>                  Der Kanton St.Gallen nimmt in der Personalpolitik eine Vorreiterrolle ein. Mit einer attraktiven Personalpolitik wird das Bild der kantonalen Verwaltung in der Öffentlichkeit nachhaltig verbessert und der Kanton als moderner Arbeitgeber gesehen. In Zeiten mangelnder Arbeitskräfte können die Bedürfnisse gedeckt werden.</p>	<p><b>Gefahren:</b>                  Die Legitimation für eine attraktive Personalpolitik kann mit Verweis auf den prioritären Erfüllungszwang der Kernaufgaben des Staates abgeschwächt werden. Einmal gemachte Versprechen können im Rahmen von Sparmassnahmen des Staates nicht eingehalten werden.</p>	<p><b>Nachhaltigkeit:</b></p>  <table border="1"> <thead> <tr> <th>Kategorie</th> <th>Nachhaltigkeitsniveau</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Wirtschaft</td> <td>niedrig</td> </tr> <tr> <td>Umwelt</td> <td>sehr niedrig</td> </tr> <tr> <td>Gesellschaft</td> <td>hoch</td> </tr> </tbody> </table>	Kategorie	Nachhaltigkeitsniveau	Wirtschaft	niedrig	Umwelt	sehr niedrig	Gesellschaft	hoch
Kategorie	Nachhaltigkeitsniveau									
Wirtschaft	niedrig									
Umwelt	sehr niedrig									
Gesellschaft	hoch									
<p><b>Stärken:</b>                  Der Kanton als Arbeitgeber steht für Verlässlichkeit und Stabilität.</p>	<p><b>Schwächen:</b>                  Gesetzliche Bestimmungen im Bereich des Dienstrechtes erschweren Anpassungen im Personalbereich. Zudem ist die Personalpolitik wenig auf leistungsspezifische Aspekte ausgerichtet. Das Personalmarketing ist zudem schwach ausgeprägt.</p>	<p><b>Herausforderungen:</b>                  Es besteht ein Bedarf zur Überarbeitung der Personalgesetzgebung, insbesondere in den Bereichen Dienstrecht, Besoldungsordnung, Vorsorgerecht.</p> <p>Der Kanton muss auch in Zukunft sicherstellen, dass er als attraktiver Arbeitgeber auftreten kann. Das Personalmarketing des Kantons als Arbeitgeber muss deshalb verstärkt und mit dem allgemeinen Auftritt koordiniert werden, insbesondere in dem die eigenen Stärken aktiv kommuniziert werden.</p>								

## 2. Sicherheit und öffentliche Ordnung

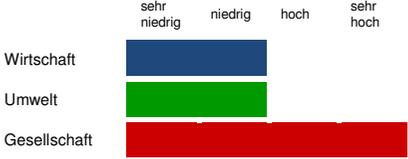
### 2.1. Gewalt bei Sportveranstaltungen

<p><b>Zusammenfassung:</b> Gewalt und Hooliganismus wirken negativ auf das Image des Sports. In den letzten Jahren hat in der Schweiz die Gewaltbereitschaft rund um Fussball- und Eishockeyspiele zugenommen. Diese Entwicklung ist auch im Kanton St.Gallen zu beobachten. Gerade junge Männer fallen durch gewalttätiges Fehlverhalten auf. Dabei spielen Gruppendynamik und Alkoholkonsum eine grosse Rolle.</p> <p>In jüngster Zeit wurden nicht zuletzt im Hinblick auf die EURO 08 Massnahmen eingeleitet, um gegen Gewalt bei Sportveranstaltungen vorzugehen. Auf gesetzlicher Ebene wurden Stadion- und Rayonverbote, Meldeauflagen, Ausreisebeschränkungen, die Hooligan-Datenbank sowie Videoüberwachungssysteme eingeführt. Nichtsdestotrotz kommt es weiterhin zu Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden Fan-Gruppen und zu Übergriffen in und ausserhalb der Stadien (Gewalt, Sachbeschädigung, Einsatz von pyrotechnischen Gegenständen). Aufgrund der wiederkehrenden gewalttätigen Vorkommnisse sehen viele Bürger/innen, insbesondere Familien, von Matchbesuchen ab.</p>		<p><b>Verweis:</b> Analyse der Staatstätigkeit zum Thema <i>Gewalt bei Sportveranstaltungen</i> aus dem Sicherheits- und Justizdepartement;</p> <p>Umfeldmonitoring zum Politikbereich <i>Sicherheit und öffentliche Ordnung</i>.</p>								
<p><b>Chancen:</b> Die Zusammenarbeit zwischen der Polizei und Sportclubs und Sportverbänden ermöglicht allen Beteiligten, einen adäquaten Beitrag zur Gewaltverhinderung zu leisten. Zudem können präventive Massnahmen durch den Einbezug von Fanverantwortlichen effektiver umgesetzt werden.</p>	<p><b>Gefahren:</b> Gewalt bei Sportveranstaltungen findet zunehmend im weiteren Umfeld von Stadien, wie auch auf An- und Abreisewegen der Fans statt (Bahnhöfe, öffentliche Verkehrsmittel, Parkplätze). Dadurch wird es den Sicherheitsverantwortlichen erschwert, Gewalt zu kontrollieren resp. einzudämmen. Auch können friedliche Fans und Unbeteiligte Opfer von Gewaltexzessen werden.</p>	<p><b>Nachhaltigkeit:</b></p>  <table border="1"> <thead> <tr> <th>Kategorie</th> <th>Nachhaltigkeitsniveau</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Wirtschaft</td> <td>niedrig</td> </tr> <tr> <td>Umwelt</td> <td>sehr niedrig</td> </tr> <tr> <td>Gesellschaft</td> <td>hoch</td> </tr> </tbody> </table>	Kategorie	Nachhaltigkeitsniveau	Wirtschaft	niedrig	Umwelt	sehr niedrig	Gesellschaft	hoch
Kategorie	Nachhaltigkeitsniveau									
Wirtschaft	niedrig									
Umwelt	sehr niedrig									
Gesellschaft	hoch									
<p><b>Stärken:</b> Der Kanton St.Gallen setzt die ihm zur Verfügung stehenden Instrumente konsequent um. So wurden in St.Gallen als einem der ersten Orte Stadionverbote gegen gewaltorientierte Fussballfans verfügt. Zudem ist St.Gallen der erste Kanton, der dem Hooliganismus-Konkordat beigetreten ist.</p>	<p><b>Schwächen:</b> Trotz der Umsetzung der zur Verfügung stehenden Massnahmen ist es in der Vergangenheit sowohl bei Fussball- als auch Eishockeyspielen immer wieder zu Ausschreitungen gekommen.</p>	<p><b>Herausforderungen:</b> Gewaltorientierte Fans sollen keine Möglichkeit mehr bekommen, im Rahmen von Sportveranstaltungen Ausschreitungen mit anderen Fangruppen oder mit der Polizei zu provozieren. Mit präventiven Massnahmen soll zudem erreicht werden, dass gewaltorientierten Fans frühzeitig von einer Gewalteskalation absehen.</p>								

## 2.2. Migration und Integration

<p><b>Zusammenfassung:</b> Das Einbeziehen und die Einbindung von Personen und sozialen Gruppen ist eine wichtige Voraussetzung für das gesellschaftliche Zusammenleben. Rund 20% der Einwohner/innen des Kantons St.Gallen verfügen über eine ausländische Staatsbürgerschaft. Der grösste Teil der Ausländer/innen ist gut integriert und bedeutet für den Kanton St.Gallen in vielerlei Hinsicht eine Bereicherung (Wirtschaft und Bildung St.Gallen, Kultur, Gesellschaft). Bei einem Teil der Ausländer/innen besteht jedoch ein Konfliktpotential, weil insbesondere unterschiedliche Wertvorstellungen und Sprachbarrieren das Zusammenleben erschweren. Ausländer/innen mit schlechten Integrationsvoraussetzungen verfügen nicht über die gleichen gesellschaftlichen Chancen wie ihre Schweizer Mitbürger/innen. Sie haben Schwierigkeiten, auf dem Arbeitsmarkt Fuss zu fassen, weisen schlechtere Startbedingungen in der Schule auf und werden überproportional häufig kriminell.</p>		<p><b>Verweis:</b> Analyse der Staatstätigkeit zum Thema <i>Migration und Integration</i> aus dem Sicherheits- und Justizdepartement;  Umfeldmonitoring zum Politikbereich <i>Soziale Sicherheit</i>; Thema <i>Integration und gesellschaftliche Solidarität</i>.</p>								
<p><b>Chancen:</b> Das Miteinander von Bewährtem und Neuem fördert den Kontakt unter der Bevölkerung; Respekt, Toleranz und Hilfsbereitschaft nehmen zu. Durch geeignete Integrationsmassnahmen der Aufnahmegesellschaft verbessert sich zudem die Entwicklungschancen von Zugewanderten; diese werden vermehrt als Träger/innen von Ressourcen gesehen.</p>	<p><b>Gefahren:</b> Ungeeignete Integrationsmassnahmen werden von der Bevölkerung als Benachteiligung und Schwächung der eigenen Interessen empfunden.</p>	<p><b>Nachhaltigkeit:</b></p>  <table border="1"> <thead> <tr> <th>Kategorie</th> <th>Nachhaltigkeit</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Wirtschaft</td> <td>Medium</td> </tr> <tr> <td>Umwelt</td> <td>Niedrig</td> </tr> <tr> <td>Gesellschaft</td> <td>Hoch</td> </tr> </tbody> </table>	Kategorie	Nachhaltigkeit	Wirtschaft	Medium	Umwelt	Niedrig	Gesellschaft	Hoch
Kategorie	Nachhaltigkeit									
Wirtschaft	Medium									
Umwelt	Niedrig									
Gesellschaft	Hoch									
<p><b>Stärken:</b> Beim Vollzug des Ausländerrechts nimmt der Kanton St.Gallen im interkantonalen Bereich eine Führungsposition ein, wie beispielsweise bei der Einführung von Integrationsvereinbarungen mit Brückenpersonen wie zum Beispiel ausländische Lehrpersonen für heimatkundliche Sprache und Kulturentwicklung (HSK) sowie Prediger.</p>	<p><b>Schwächen:</b> Trotz verschiedener Massnahmen kann über die Integration die Chancengleichheit derjenigen Ausländer/innen, die derzeit schlecht integriert sind, noch stärker und vor allem nachhaltig verbessert werden.</p>	<p><b>Herausforderungen:</b> Den längerfristig und rechtmässig anwesenden Ausländer/innen, die bislang schlecht integriert sind, soll ermöglicht werden, insbesondere über die Beherrschung der deutschen Sprache, wie auch einem gemeinsamen Wertesystem, Integrations-Barrieren zu beseitigen.</p>								

### 2.3. Sicherheit im öffentlichen Raum

<p><b>Zusammenfassung:</b> Sicherheit gehört zu den Grundbedürfnissen der Menschen. Sich sicher zu fühlen, aber auch wirklich sicher zu sein, sind zentrale Faktoren der Lebensqualität. Wohlbefinden, Sauberkeit und Ordnung tragen zu einem guten Sicherheitsgefühl bei, während Vandalismus, Littering, Verwahrlosung, Gewalt und Kriminalität als bedrängend, bzw. Lebensqualität vermindern empfunden werden. Die Aufrechterhaltung der Sicherheit im öffentlichen Raum gehört zu den Kernaufgaben des Staates. Ohne entsprechende Sicherheitsmassnahmen können bereits vergleichsweise harmlose Störungen dazu führen, dass in der Folge nicht nur der öffentliche Raum unsicher wird, sondern auch die Kriminalitätsrate steigen kann. Das Sicherheitsempfinden ist auch stark subjektiv, d.h. von persönlichen Erfahrungen, geprägt. Zudem wird es von medialen Wahrnehmungen beeinflusst.</p>		<p><b>Verweis:</b> Analyse der Staatstätigkeit zum Thema <i>Sicherheit im öffentlichen Raum</i> aus dem Sicherheits- und Justizdepartement;  Umfeldmonitoring zum Politikbereich <i>Sicherheit und öffentliche Ordnung</i>; Thema <i>Öffentlicher Raum</i>.</p>								
<p><b>Chancen:</b> Mit präventiven wie auch repressiven Massnahmen kann eine weitere Verbesserung der Sicherheit im öffentlichen Raum erreicht werden. Ein reiches Angebot an Freiräumen und Freizeitmöglichkeiten bietet Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen eine breite Palette an Möglichkeiten für die Freizeitgestaltung. Aktives Engagement von Jugendlichen und der Einbezug aller beteiligten Gruppen in die Gestaltung und Nutzung des öffentlichen Raums wirken sich zudem positiv auf die Sicherheit aus.</p>	<p><b>Gefahren:</b> Eine einseitige Fokussierung auf polizeiliche Repressionen (Bussen, Polizeistunden, Wegweisungen, Ausgangsregelungen) bekämpft lediglich die Folgen, nicht aber die Ursachen der Störung des öffentlichen Raums. Zudem dient der Reiz des Verbotenen dazu, das Gegenteil des Verlangten zu tun.</p>	<p><b>Nachhaltigkeit:</b></p>  <table border="1"> <thead> <tr> <th>Kategorie</th> <th>Level</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Wirtschaft</td> <td>niedrig</td> </tr> <tr> <td>Umwelt</td> <td>niedrig</td> </tr> <tr> <td>Gesellschaft</td> <td>sehr hoch</td> </tr> </tbody> </table>	Kategorie	Level	Wirtschaft	niedrig	Umwelt	niedrig	Gesellschaft	sehr hoch
Kategorie	Level									
Wirtschaft	niedrig									
Umwelt	niedrig									
Gesellschaft	sehr hoch									
<p><b>Stärken:</b> Der Kanton St.Gallen hat bereits früh begonnen, mit verschiedenen Massnahmen die Sicherheit im öffentlichen Raum zu verbessern. Diese Massnahmen wie auch der Einbezug der Gemeinden bilden eine gute Grundlage, um in Zukunft die Verwilderung des öffentlichen Raums wirksam zu bekämpfen.</p>	<p><b>Schwächen:</b> Mit den heutigen Massnahmen alleine kann die Verwilderung des öffentlichen Raums zwar bekämpft werden. Es müssen aber weitere Massnahmen umgesetzt werden, um die Verwilderung nachhaltig zurückzubinden.</p>	<p><b>Herausforderungen:</b> Neben der Weiterführung der bisherigen Massnahmen müssen weitere Massnahmen geprüft werden, um die Sicherheit im öffentlichen Raum nachhaltig zu verbessern. Dies gilt insbesondere für die Aufklärung, Prävention, Repression wie auch die Überprüfung von öffentlichen Räumen, die von der Allgemeinheit umgangen bzw. gemieden werden.</p>								

### 3. Bildung und Forschung

#### 3.1. Fachhochschullandschaft im Kanton St.Gallen

**Zusammenfassung:**

Obwohl die Hochschulen in der Schweiz auch international nach wie vor hervorragend positioniert sind, müssen gewisse Schwachstellen konstatiert werden. Dazu zählen die mangelnde Aufgabenteilung unter den Hochschulen, Ineffizienzen beim Einsatz der Mittel, Unterschiede von vergleichbaren Kosten an verschiedenen Hochschulen und die ungenügende Steuerung des Gesamtsystems. Diese Schwachstellen sollen auf der Ebene der "Hochschullandschaft Schweiz" mit einem neuen eidgenössischen Hochschulförderungs- und Koordinationsgesetz und einem darauf Bezug nehmenden interkantonalen Konkordat beseitigt werden.

Die Fachhochschulen im Kanton St.Gallen sind je für sich auf der Basis einer konkordatären Trägerschaft organisiert und untereinander – unter Einbezug der Fachhochschule in Chur – in einen losen strategischen Verbund, die Fachhochschule Ostschweiz (FHO), gefasst. Diese Hochschulen bieten eine qualitativ hochstehende Lehre sowie praxisgerechte Wissens- und Technologie-Transferangebote an. Fehlende oder schwierige Abstimmung der Angebote und Führungsinstrumente der einzelnen Hochschulen lassen jedoch auf unerschlossene Synergiepotenziale und Qualitätssteigerungsmöglichkeiten schliessen. Die in der Zwischenzeit entwickelten Ansätze einer standortübergreifenden Steuerung der Fachbereiche und die Verstärkung der operativen Führung scheinen nicht zu genügen. Gleichzeitig garantiert ein hoher Mitteleinsatz allein die Qualität nicht – wichtiger sind die Erreichung der kritischen Grösse, die Fokussierung und die untereinander abgestimmte Zielorientierung der Hochschulen.

**Verweis:**

Analyse der Staatstätigkeit zum Thema *Fachhochschullandschaft im Kanton St.Gallen* aus dem Bildungsdepartement;

Umfeldmonitoring zum Politikbereich *Bildung und Forschung*; Thema *Hochschullandschaft*.

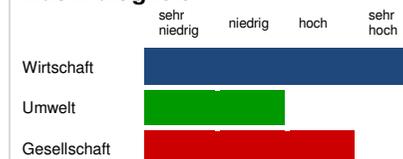
**Chancen:**

Aktives und geplantes Mitgestalten der Hochschullandschaft schafft gute Rahmenbedingungen und Anreize für Hochschulen. Die hiesigen Fachhochschulen bieten ein hervorragendes Potenzial zur Weiterentwicklung der bestehenden, etablierten und qualitativ hochwertigen Angebote in Lehre und Forschung. Die Hochschulen werden zusammengelegt, so dass sie eine kritische Grösse erreichen und gegenüber den Nachbarhochschulen langfristig konkurrenzfähig bleiben.

**Gefahren:**

Die Steigerung des öffentlichen Mitteleinsatzes führt nicht zwangsläufig zu mehr Qualität. Das Wachstum der Hochschulen kann zu einem "Gemischtwarenladen" führen und die Konzentration auf Kernkompetenzen kann verloren gehen. Bei der Einrichtung von neuen (auch standortübergreifenden) Führungsstrukturen können Widerstände von Seiten der Hochschulen, der Regionen und auch des Mitträgerkantons Graubünden die Entwicklungen blockieren.

**Nachhaltigkeit:**



**Stärken:**

Die FHO verfügt über etablierte und qualitativ hochwertige Studiengänge. Zudem ist die Angebotspalette im Weiterbildungsbereich im Raum St.Gallen gross. Eine starke Stellung im Technologietransfer in den Bereichen Wirtschaft, Technik, Bauwesen und Soziale Arbeit ist unbestritten. Die FHO-Standorte sind durch wirtschaftliche, personelle und kulturelle Verflechtungen regional stark verankert. Schliesslich bietet die Nähe zur Universität St.Gallen bedeutende Vorteile.

**Schwächen:**

Die Randlage der Ostschweiz begünstigt die Weiterentwicklung der Hochschulen nicht. Die Entfernung zwischen den Hochschulstandorten ist relativ gross. Die Geschichte und die Struktur des Kantons St.Gallen zwingen zu erhöhten regionalpolitischen Rücksichtnahmen. Ausserdem gibt es im Kanton St.Gallen keine einheitliche strategische und operative Führung der Fachhochschulen. Vielmehr konkurrieren sich die Standorte zum Teil. Ein Umstrukturierungsprozess ist aufwändig und wird kurz- und mittelfristig Mehrausgaben bedingen.

**Herausforderungen:**

Die unterschiedlichen Trägerschaften sind zu einer einheitlichen Trägerschaft zusammenzuführen. Dabei ist zu achten, dass das finanzielle Engagement des Kantons St.Gallen mit der Möglichkeit der Einflussnahme im Gleichgewicht steht. Die standortübergreifende, einheitliche Führung der Fachhochschule ist durch einen einzigen Hochschulrat und eine Schulleitung wahrzunehmen.

## 4. Kultur, Sport und Freizeit

### 4.1. Umsetzung des Konzeptes Sport und Bewegung

**Zusammenfassung:**

Obwohl die St.Galler Bevölkerung sich einer guten Gesundheit erfreut, zeigt sich, dass sich viele Menschen bei der Arbeit oder im Alltag zu wenig bewegen und der Bewegungsmangel durch Aktivitäten in der Freizeit nur ungenügend kompensiert wird. Es ist bekannt, dass Bewegung für die Gesundheit von hoher Bedeutung ist. So fördert die körperliche Bewegung nicht nur die koordinativen und konditionellen Fähigkeiten von Kindern und Jugendlichen, sondern insbesondere auch die kognitive Leistungsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler. Zudem ist ausgewiesen, dass jener Teil der Menschen, der sich im zunehmenden Alter zu wenig bewegt, im höheren Alter eher für Unfälle und Krankheiten anfällig ist, oder fremde Betreuung benötigt.

Im Bericht der Regierung vom 14. August 2007 "Sport und Bewegung im Kanton St.Gallen" wird in verschiedenen Handlungsfeldern aufgezeigt, wie die Entwicklung von Sport und Bewegung gefördert und unterstützt werden kann. Die Handlungsfelder befassen sich u.a. mit den Themen Gesundheit, Organisation, Bildung, Jugend+Sport, Vereinssport oder Raumplanung und Sportinfrastruktur. Für jedes Handlungsfeld wurden Ziele und Massnahmen definiert. Die umzusetzenden Massnahmen wurden priorisiert und die Kostenfolgen grob geschätzt.

**Verweis:**

Analyse der Staatstätigkeit zum Thema *Umsetzung des Konzeptes Sport und Bewegung* aus dem Bildungsdepartement;

Umfeldmonitoring zum Politikbereich *Kultur, Sport und Freizeit* sowie zum Politikbereich *Gesundheit*, Thema *Gesundheitsverhalten*

**Chancen:**

Bei steigender Nachfrage nach Gesundheitsleistungen und knapper werdenden öffentlichen Mitteln erhalten präventive Ansätze – wie zum Beispiel die Förderung von Sport und Bewegung – einen neuen Stellenwert. Bei steigendem Rückzug der Menschen ins Private bieten Sportgruppen und Sportvereine die Chance zur sozialen Integration und zur Übernahme von Verantwortung für andere.

**Gefahren:**

Politische und strukturelle Vorgaben verhindern einen Paradigmawechsel hin zu mehr Prävention. Der Kanton ist auf die Mitarbeit von politischen und von Schulgemeinden angewiesen und auf deren Autonomie ist Rücksicht zu nehmen. Gewisse Zielgruppen können mit gesundheitsfördernden Massnahmen nur schwer erreicht werden. So ist zum Beispiel die Bewegungsförderung von älteren Menschen schwierig, wenn sie nicht organisiert ist. Ebenso schwer ist es, Eltern von Kindern im Vorschulalter zu erreichen.

**Nachhaltigkeit:**



**Stärken:**

Auf verschiedenen Ebenen bestehen gut funktionierende Strukturen, Netzwerke und Organisationen, die genutzt und weiter entwickelt werden können. Möglichkeiten zur Umsetzung des Konzeptes "Sport und Bewegung" gibt es z.B. in der Schule, im Rahmen von Jugend + Sport oder in Vereinen.

**Schwächen:**

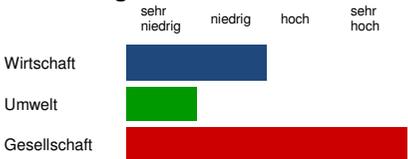
In der Schule wird der Verantwortungsbereich immer grösser. Die Schulen sind mit allgemeinen Erziehungsaufgaben, die eigentlich in die Verantwortung der Eltern gehörten, sowie mit verschiedenen Reformprojekten wie zum Beispiel Frühenglisch, Blockzeiten oder Mittagstisch schon stark belastet.

**Herausforderungen:**

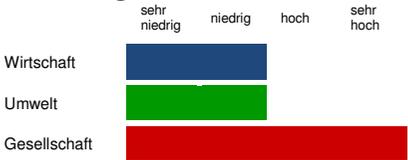
Zusammenarbeit aller beteiligten Organisationen (staatliche und private Institutionen, Schulen, Vereine) verbessern. Einführung der täglichen Bewegung in der Schule sowie qualitätssichernde Massnahmen im Schulsport. Anreizsysteme schaffen im Gesundheitsbereich. Vermehrte Berücksichtigung des Themas Sport und Bewegung in der Raumplanung und bei Bauvorschriften.

## 5. Gesundheit

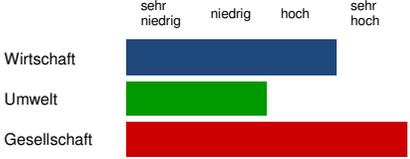
### 5.1. Bündnis gegen Depression

<p><b>Zusammenfassung:</b>                  Aus der Erkenntnis heraus, dass die Fortbildung von Hausärztinnen und Hausärzten eine wirksame Intervention zur Reduktion von Suiziden ist, entwickelte das Deutsche Kompetenznetz «Depression, Suizidalität» in Nürnberg ein integrales Aktionsprogramm zur Früherkennung und zur besseren Versorgung von Depressionskranken. Dieses Aktionsprogramm beinhaltet Fortbildungen von Hausärztinnen und Hausärzten sowie Mediatorinnen und Mediatoren (Lehrerschaft, Pflegende, Polizei, Seelsorge usw.), Öffentlichkeitsarbeit und den Aufbau von Selbsthilfegruppen. Bis heute wurden in den Kantonen Zug, Bern, Luzern und Appenzell Ausserrhoden Bündnisse gegen Depression eingerichtet.</p> <p>Die Bündnisse gegen Depression bringen die folgenden drei Kernbotschaften wiederholt zur Bevölkerung: Depression kann jeden und jede treffen, Depression hat viele Gesichter, Depression ist gut behandelbar. Bündnisse gegen Depression haben ein Aktionsprogramm, das die Kooperation mit Hausärzten, Informationsaktivitäten zur Aufklärung der Öffentlichkeit, Zusammenarbeit mit Multiplikatoren und Zielgruppen sowie Angebote für Betroffene und Angehörige beinhaltet. Die Ziele und Massnahmen, die in diesem Konzept formuliert und umgesetzt werden sollen, beziehen sich auf die gesellschaftliche Sensibilisierung, die Förderung der psychischen Gesundheit, die Früherkennung und Suizidprävention sowie die Reintegration.</p>		<p><b>Verweis:</b>                  Analyse der Staatstätigkeit zum Thema <i>Bündnis gegen Depression</i> aus dem Gesundheitsdepartement;</p> <p>Umfeldmonitoring zum Politikbereich <i>Gesundheit</i>, Thema <i>Gesundheitsverhalten</i>.</p>								
<p><b>Chancen:</b>                  Bei steigender Nachfrage nach Gesundheitsleistungen und knapper werdenden öffentlichen Mitteln erhält die präventive Medizin einen neuen Stellenwert. Mit dem Bündnis gegen Depression wird ein Thema mit hoher Krankheitslast aufgenommen.</p>	<p><b>Gefahren:</b>                  Präventionsmassnahmen werden aufgrund von politischen und strukturellen Vorgaben verhindert. Die Kantone verfolgen je eigene, ressourcenintensive Strategien. Die Koordination ist ungenügend.</p>	<p><b>Nachhaltigkeit:</b></p>  <table border="1"> <thead> <tr> <th>Kategorie</th> <th>Nachhaltigkeit</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Wirtschaft</td> <td>niedrig</td> </tr> <tr> <td>Umwelt</td> <td>sehr niedrig</td> </tr> <tr> <td>Gesellschaft</td> <td>hoch</td> </tr> </tbody> </table>	Kategorie	Nachhaltigkeit	Wirtschaft	niedrig	Umwelt	sehr niedrig	Gesellschaft	hoch
Kategorie	Nachhaltigkeit									
Wirtschaft	niedrig									
Umwelt	sehr niedrig									
Gesellschaft	hoch									
<p><b>Stärken:</b>                  Der Bundesrat und die Schweizerischen Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren unterstützen das Bündnis gegen Depression.</p>	<p><b>Schwächen:</b>                  Das Bündnis gegen Depression deckt nur einen Teil der Ansätze zur Suizidprävention ab. Zusätzliche Massnahmen sind notwendig.</p>	<p><b>Herausforderungen:</b>                  Psychische Krankheiten, insbesondere Depression müssen entstigmatisiert werden.</p> <p>Der Weiterbildungsbedarf bei Berufsleuten und insbesondere Ärzten und Ärztinnen ist hoch.</p> <p>Die Versorgungsgleichheit zu anderen Kantonen mit Bündnis gegen Depression ist herzustellen.</p>								

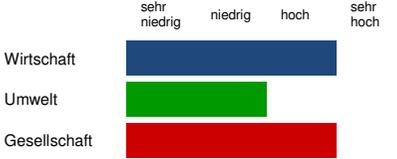
## 5.2. Gesundes Körpergewicht bei Kindern: Programm Kinder im Gleichgewicht (KIG)

<p><b>Zusammenfassung:</b> In der Schweiz hat in den letzten zwanzig Jahren Übergewicht bei Erwachsenen als auch bei Kindern und Jugendlichen stark zugenommen. Erfahrungen zeigen, dass es schwierig ist, einmal erworbenes Übergewicht wieder los zu werden. Erfolg versprechend ist deshalb die so genannte Primärprävention, die Kinder und Jugendliche unterstützt, damit sie erst gar nicht übergewichtig werden und ein gesundes Körpergewicht halten können.</p> <p>Das Gesundheitsdepartement des Kantons St.Gallen hat in Zusammenarbeit mit dem Ostschweizer Kinderspital St.Gallen sowie der Gesundheitsförderung Schweiz das mehrjährige Programm "Kinder im Gleichgewicht" (KIG) zur Primärprävention von Übergewicht bei Kindern und Jugendlichen entwickelt. Mit KIG sollen Einflüsse, die Übergewicht verursachen können, reduziert und gesundes Verhalten gefördert werden. Die Umsetzung von KIG ist wesentlich von der Teilnahme der Gemeinden abhängig. Aktuell beginnt die Kontaktnahme zu Gemeinden und in einzelnen Gemeinden werden Pilotprogramme lanciert. Dabei geht es darum, politische Entscheidungsträger und Beauftragte für Gesundheitsförderung und Prävention in den Gemeinden einzubeziehen. Zudem sind sogenannte Gesundheitszirkel in den Gemeinden zur Implementierung von Gesundheitsförderung und Prävention aufzubauen und nachhaltige Massnahmen zur Übergewichtsprävention zu planen und umzusetzen. Schliesslich geht es darum, Eltern, Kinder, Jugendliche und Schlüsselpersonen in der Gemeinde, der Schule und der Gesundheitsversorgung für die Themen Ernährung, Bewegung und gesundes Körpergewicht zu sensibilisieren sowie ein Präventionsnetz von Fachpersonen aufzubauen, bzw. zu erweitern, die mit Eltern und Kindern in Kontakt kommen.</p>		<p><b>Verweis:</b> Analyse der Staatstätigkeit zum Thema <i>Gesundes Körpergewicht bei Kindern: Programm Kinder im Gleichgewicht (KIG)</i> aus dem Gesundheitsdepartement;</p> <p>Umfeldmonitoring zum Politikbereich <i>Gesundheit</i>, Thema <i>Gesundheitsverhalten</i>.</p>								
<p><b>Chancen:</b> Bei steigender Nachfrage nach Gesundheitsleistungen und knapper werdenden öffentlichen Mitteln erhält die präventive Medizin einen neuen Stellenwert.</p>	<p><b>Gefahren:</b> Präventionsmassnahmen werden aufgrund von politischen und strukturellen Vorgaben verhindert. Da Wirkungen erst verzögert eintreten, lässt sich Prävention schlecht "verkaufen".</p>	<p><b>Nachhaltigkeit:</b></p>  <table border="1"> <thead> <tr> <th>Kategorie</th> <th>Nachhaltigkeit</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Wirtschaft</td> <td>niedrig</td> </tr> <tr> <td>Umwelt</td> <td>niedrig</td> </tr> <tr> <td>Gesellschaft</td> <td>hoch</td> </tr> </tbody> </table>	Kategorie	Nachhaltigkeit	Wirtschaft	niedrig	Umwelt	niedrig	Gesellschaft	hoch
Kategorie	Nachhaltigkeit									
Wirtschaft	niedrig									
Umwelt	niedrig									
Gesellschaft	hoch									
<p><b>Stärken:</b> Der Kanton St.Gallen ist auf nationaler Ebene sowie mit anderen Kantonen und nationalen Akteuren zum Thema "Gesundes Körpergewicht" gut vernetzt. Es existiert bereits eine internationale Zusammenarbeit im Rahmen von Interreg III/IV Euregio Bodensee bezüglich Übergewichtsprävention bei Kindern. Zudem kann auf Gemeindeebene auf ein Netzwerk zurückgegriffen werden, zu welchem die Beauftragten für Gesundheitsförderung und Prävention gehören.</p>	<p><b>Schwächen:</b> Die Vernetzungsarbeit mit den Gemeinden ist im Aufbau begriffen. In den Gemeinden werden andere Präventionsthemen – wie zum Beispiel Alkoholkonsum oder Gewalt – teilweise höher gewichtet.</p>	<p><b>Herausforderungen:</b> Die Vernetzungsarbeit mit den Gemeinden ist zu intensivieren.</p> <p>Politik und Gesellschaft gilt es für die Bedeutung einer bewegungsfreundlichen Lebensumwelt zu sensibilisieren.</p> <p>Angebote, die eine gesunde Verpflegung ermöglichen, sind zu unterstützen.</p>								

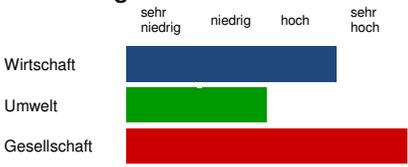
### 5.3. Staatsverwaltung als Healthy Workspace für einen gesunden Lebensstil der Mitarbeitenden

<p><b>Zusammenfassung:</b>                  Das "Leitbild für Personalpolitik" vom 12. März 2003 enthält Ansätze zur Förderung der Gesundheit und Sicherheit der Mitarbeitenden, Zitat: "Wir sorgen für attraktive Stellen, in dem wir dafür sorgen, dass die Gesundheit und Sicherheit der Mitarbeitenden erhalten bleiben und gefördert werden". Im Jahr 2000 hat die Regierung des Kantons St.Gallen beschlossen, ein Gesundheitsförderungskonzept für die Staatsverwaltung zu erarbeiten. Aufgrund von Sparmassnahmen und weiteren ungünstigen Rahmenbedingungen wurde die Umsetzung zurückgestellt. Ausgehend von einer erneuten Lagebeurteilung im Januar 2005 wurde das Konzept überarbeitet und mit Beschluss vom 6. September 2005 stimmte die Regierung der Umsetzung des angepassten Konzeptes zu (RRB 2005/519). Im Konzept ist in verschiedenen Unterkapiteln festgehalten, wie ein eigenverantwortlicher gesundheitsbewusster Lebensstil bei den Mitarbeitenden zu fördern ist.</p> <p>Für Unternehmen mit einem umfassenden betrieblichen Gesundheitsmanagement (BGM) gibt es ein neues Qualitätssiegel. Die Stiftung Gesundheitsförderung Schweiz hat das Label "Friendly Work Space" im Juni 2008 lanciert. Ausgearbeitet wurden die Kriterien von Schweizer Grossunternehmen wie SBB, Migros oder ABB Schweiz sowie von Suva und Versicherungsverband. Auf der Erkenntnis, dass sich mit der Umsetzung von Gesundheitsmanagement-Programmen Wettbewerbsvorteile generieren lassen, entstand das Bedürfnis nach einheitlichen Standards.</p>		<p><b>Verweis:</b>                  Analyse der Staatstätigkeit zum Thema <i>Staatsverwaltung als Healthy Workspace für einen gesunden Lebensstil der Mitarbeitenden</i> aus dem Gesundheitsdepartement;</p> <p>Umfeldmonitoring zum Politikbereich <i>Gesundheit</i>, Thema <i>Gesundheitsverhalten</i>.</p>								
<p><b>Chancen:</b>                  Bei steigender Nachfrage nach Gesundheitsleistungen und knapper werdenden öffentlichen Mitteln erhalten präventive Ansätze, so auch im Bereich der Personalpolitik, einen neuen Stellenwert.</p>	<p><b>Gefahren:</b>                  Präventionsmassnahmen werden aufgrund anderer (politischer und/oder struktureller) Vorgaben verhindert. Die direkten Wirkungen der Prävention lassen sich nicht messen, weil der Schaden vermieden wird.</p>	<p><b>Nachhaltigkeit:</b></p>  <table border="1"> <thead> <tr> <th>Kategorie</th> <th>Nachhaltigkeit</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Wirtschaft</td> <td>niedrig</td> </tr> <tr> <td>Umwelt</td> <td>niedrig</td> </tr> <tr> <td>Gesellschaft</td> <td>hoch</td> </tr> </tbody> </table>	Kategorie	Nachhaltigkeit	Wirtschaft	niedrig	Umwelt	niedrig	Gesellschaft	hoch
Kategorie	Nachhaltigkeit									
Wirtschaft	niedrig									
Umwelt	niedrig									
Gesellschaft	hoch									
<p><b>Stärken:</b>                  Mit dem Konzept "Betriebliches Gesundheitsmanagement in der Staatsverwaltung" liegt die Grundlage zur Beurteilung des Standes und der Qualität von BGM in der Staatsverwaltung des Kantons St.Gallen bereits vor. Mit dem Schwerpunktprogramm "Betriebliche Gesundheitsförderung" und der Mitgliedschaft beim "Forum BGM – Betriebliches Gesundheitsmanagement im Kanton St.Gallen" engagiert sich der Kanton St.Gallen bereits für die Förderung der Gesundheit der erwerbstätigen Bevölkerung.</p>	<p><b>Schwächen:</b>                  In der Öffentlichkeit ist das Bewusstsein nicht vorhanden, dass die Gesundheit der erwerbstätigen Bevölkerung ein wichtiger Aspekt von Beschäftigungs- und Wachstumspolitik ist.</p>	<p><b>Herausforderungen:</b>                  Der Kanton St.Gallen verstärkt seine Anstrengungen im BGM. Das BGM-Konzept ist anhand der BGM-Checkliste von "Friendly Work Space" (Gesundheitsförderung Schweiz) weiterzuentwickeln.</p> <p>Zudem überprüft der Kanton St.Gallen Konzept und Umsetzung des BGM in der Staatsverwaltung mit dem Ziel, das Label "Friendly Work Space" anzustreben.</p>								

#### 5.4. Angebote in der gesundheitlichen Altersvorsorge – Vernetzung im geriatrischen Bereich

<p><b>Zusammenfassung:</b>                  Altersmedizin ist nicht einfach Medizin für Menschen über 64 Jahre. Es ist Medizin für Menschen, bei denen Alterungsprozess, chronische Erkrankungen sowie allenfalls akute Erkrankung oder Unfall zu einer Situation drohenden Verlustes von Selbständigkeit führen können. Alte Menschen kommen nach einem langen Leben unwillkürlich dem Sterben und dem Tod näher. Somit sollen die Prinzipien der palliativen Betreuung ein fester Bestandteil der Altersmedizin sein. Altersmedizin baut auf einem multidisziplinären Team auf, das die Zusammenarbeit mit allen Diensten und Einrichtungen, welche die Rückkehr des älteren Menschen nach der Behandlung in seine gewohnte Umgebung unterstützt und fördert. Der Bereich Altersmedizin wird immer bedeutender, steigt doch die Zahl der älteren Leute drastisch an. Im Jahr 2040 sind bei nahezu gleicher Bevölkerungszahl 25 Prozent der St.Galler Bevölkerung über 64 Jahre alt.</p> <p>Für die Zukunft soll gelten, dass die Angebote in der Altersmedizin – ob ambulant oder stationär – von jeder Kantonseinwohnerin oder von jedem Kantonseinwohner in gleicher Qualität in Anspruch genommen werden können. Dabei hat die Vernetzung in diesem Bereich einen hohen Stellenwert. Die verschiedenen Institutionen (ambulant und stationär), welche sich um ältere Menschen kümmern (Ärzteschaft, Spitex, Brückendienste, Übergangspflege, Palliative Care, Alters- und Pflegeheime, geriatrische Kliniken/Abteilungen) sind optimal aufeinander abzustimmen. Voraussetzung dafür sind Vernetzung, Zusammenarbeit und Qualität.</p>		<p><b>Verweis:</b>                  Analyse der Staatstätigkeit zum Thema <i>Angebote in der gesundheitlichen Altersvorsorge – Vernetzung im geriatrischen Bereich</i> aus dem Gesundheitsdepartement;</p> <p>Umfeldmonitoring zum Politikbereich <i>Gesundheit</i>.</p>								
<p><b>Chancen:</b>                  Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung sind in der Altersvorsorge neue Lösungen gefordert. Die Eigenverantwortung wird im Kanton gelebt und gefördert. Dadurch kann die Kostenentwicklung für die Altersmedizin gesenkt werden.</p>	<p><b>Gefahren:</b>                  Die Kosten für die Langzeitpflege steigen stark an. Gleichzeitig werden die zur Verfügung stehenden finanziellen und personellen Ressourcen knapper.</p>	<p><b>Nachhaltigkeit:</b></p>  <table border="1"> <thead> <tr> <th>Kategorie</th> <th>Nachhaltigkeitsniveau</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Wirtschaft</td> <td>hoch</td> </tr> <tr> <td>Umwelt</td> <td>niedrig</td> </tr> <tr> <td>Gesellschaft</td> <td>hoch</td> </tr> </tbody> </table>	Kategorie	Nachhaltigkeitsniveau	Wirtschaft	hoch	Umwelt	niedrig	Gesellschaft	hoch
Kategorie	Nachhaltigkeitsniveau									
Wirtschaft	hoch									
Umwelt	niedrig									
Gesellschaft	hoch									
<p><b>Stärken:</b>                  Ein Geriatriekonzept für die stationäre Behandlung ist bereits vorhanden. Eine prospektive Auseinandersetzung mit diesem Thema erfolgt bereits. In Bearbeitung sind Konzepte zu den Themen "Palliative Care" und "Ambulante geriatrische Versorgung".</p>	<p><b>Schwächen:</b>                  Für Alters- und Pflegeheime sowie für die Spitex gibt es keine einheitlichen, obligatorischen und kantonsweiten Richtlinien. Die Kompetenzen von Kanton und Gemeinden sind im Bereich der gesundheitlichen Altersvorsorge unterschiedlich und zu wenig koordiniert.</p>	<p><b>Herausforderungen:</b>                  (Konzepte sind in der Realisierungsphase bzw. in Bearbeitung).</p>								

### 5.5. Bedarfsplanung aller Gesundheitsberufe zur Sicherstellung der Gesundheitsversorgung

<p><b>Zusammenfassung:</b> Die demografischen und ökonomischen Veränderungen der Gesellschaft bedingen Anpassungen in den Leistungsanforderungen und -angeboten im Gesundheitswesen. Damit die Gesundheitsversorgung auch in Zukunft auf einem hohen Niveau gewährleistet werden kann, ist eine Bedarfsplanung aller Gesundheitsberufe notwendig.</p> <p>Es gilt zu klären und zu definieren, wie der Versorgungsauftrag im Gesundheitswesen lautet. Dazu sind Bedarfserhebungen der einzelnen Gesundheitsberufe für den Kanton St.Gallen (Pflege, Physio-, Ergo-, Logotherapie, Hebammen, MTT, ärztlicher Dienst, Hausarztmedizin) im Kontext des gesamten Versorgungsauftrags (Grund- und erweiterte Versorgung) durchzuführen. Darüber hinaus sind geeignete Grundlagen für die Bedarfsplanung zu schaffen und ein Frühwarnsystem zur Steuerung des Versorgungssystems aufzubauen. Dazu sind Kennzahlen zur Steuerung der Prozesse zu definieren. Grundlage für diese Aufbauarbeit bildet das Konzept Bildung und Finanzierung (Sinkovec, Kuster, 2008).</p>		<p><b>Verweis:</b> Analyse der Staatstätigkeit zum Thema <i>Bedarfsplanung aller Gesundheitsberufe zur Sicherstellung der Gesundheitsversorgung</i> aus dem Gesundheitsdepartement;</p> <p>Umfeldmonitoring zum Politikbereich <i>Gesundheit</i></p>								
<p><b>Chancen:</b> Eine klare Bedarfsplanung ermöglicht den gezielten Einsatz der Ressourcen und vermeidet Engpässe. Die Gesundheitsversorgung kann als Qualitätsindikator eines Kantons angesehen werden.</p>	<p><b>Gefahren:</b> Die Planung ist zeitlich verschoben zur Realität. Der Bedarf ändert sich laufend. Es stellt sich die Frage, ob mit einer Bedarfsplanung dies berücksichtigt werden kann.</p>	<p><b>Nachhaltigkeit:</b></p>  <table border="1"> <thead> <tr> <th>Kategorie</th> <th>Nachhaltigkeitsniveau</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Wirtschaft</td> <td>hoch</td> </tr> <tr> <td>Umwelt</td> <td>niedrig</td> </tr> <tr> <td>Gesellschaft</td> <td>sehr hoch</td> </tr> </tbody> </table>	Kategorie	Nachhaltigkeitsniveau	Wirtschaft	hoch	Umwelt	niedrig	Gesellschaft	sehr hoch
Kategorie	Nachhaltigkeitsniveau									
Wirtschaft	hoch									
Umwelt	niedrig									
Gesellschaft	sehr hoch									
<p><b>Stärken:</b> Die Grundversorgung ist zurzeit gesichert. Für die Pflegeberufe besteht bereits eine Bedarfsplanung. Mit einer Bedarfsplanung kann die Versorgungssicherheit verbessert werden. Kennzahlen ermöglichen zudem eine fundierte Planung.</p>	<p><b>Schwächen:</b> Mit Ausnahme der Pflegeberufe besteht für die übrigen Gesundheitsberufe keine Bedarfsplanung. Eine Planung, die auf Kennzahlen basiert, schränkt die Flexibilität ein. Unvorhergesehene Entwicklungen werden bei der Planung nicht berücksichtigt.</p>	<p><b>Herausforderungen:</b> Es ist zu klären und zu definieren, wie der Versorgungsauftrag im Kanton St.Gallen aussieht (Operationsanalyse des Auftrags). Dabei gilt es zu beachten, dass die Versorgungssicherheit gewährleistet wird. Es muss dem drohenden Personalengpass konstruktiv entgegengewirkt werden. Die Gesundheitsberufe müssen an Attraktivität gewinnen.</p>								

## 5.6. E-Health

### Zusammenfassung:

Nachdem in den 1990er-Jahren die Modernisierungsprozesse in Richtung neue Verwaltungsführung und Verbesserung der Steuerungsfähigkeit des Staates im Vordergrund standen, sind künftig der Umgang der staatlichen Institutionen mit Informationen und die weitere Entwicklung der Informationsgesellschaft eine grosse und zunehmende Herausforderung für staatliche Institutionen. So ist zum Beispiel in einem modernen Gesundheitssystem der angemessene Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien (E-Health) unerlässlich. Die Gestaltung, Unterstützung und Verbesserung von Prozessen sowie die Vernetzung der Akteure sind notwendig, um den veränderten Rahmenbedingungen Rechnung tragen zu können (Mobilität der Bevölkerung, Spezialisierung der medizinischen Versorgung, Kostendruck).

Der Kanton St.Gallen engagiert sich stark bei der Weiterentwicklung von E-Health. Für die Realisierung von E-Health wird eine geeignete Infrastruktur für den elektronischen datenschutzkonformen Datenaustausch zwischen Leistungserbringern entlang des Behandlungspfades (Praxis – Spitäler/Kliniken – Reha/SPITEX) benötigt. Zu diesem Zweck sind ein E-Health-Koordinationsorgan zur Steuerung der Umsetzung einer gemeinsamen E-Health-Strategie sowie die Empfehlung von Mindestanforderungen für einzusetzende Produkte sowie Standards unabdingbar. Zudem sind die entsprechenden Rechtsgrundlagen zu schaffen und eine Versicherungskarte nach Art. 42a des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung zu einführen.

### Verweis:

Analyse der Staatstätigkeit zum Thema *e-Health* aus dem Gesundheitsdepartement;

Umfeldmonitoring zum Politikbereich *Staat und Bürger*, Thema *Bürgerfreundliche Verwaltung* und zum Politikbereich *Gesundheit*.

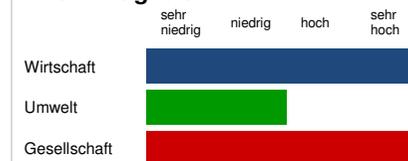
### Chancen:

Die Anspruchshaltung der Bevölkerung gegenüber der Verwaltung ist in den letzten Jahren gestiegen. Dies hat zur Folge, dass in der Verwaltung das Bewusstsein für effiziente Verwaltungsabläufe, offene Informationspolitik und Transparenz gestiegen ist.

### Gefahren:

Eine elektronische Zweiklassengesellschaft (digital divide) zeichnet sich ab. Zudem verhindert der Föderalismus die Durchsetzung von einem einheitlichen System für Bund, Kantone und Gemeinden. Bedenken betreffend Sicherheit oder Datenschutz erschweren den Aufbau optimaler Lösungen.

### Nachhaltigkeit:



### Stärken:

Der Kanton St.Gallen nimmt auf nationaler Ebene eine aktive Rolle ein. Stationäre Einrichtungen sind über ein sehr gutes kantonales Netzwerk verbunden (KOMSG).

### Schwächen:

Die Prozesse bei der Entwicklung von E-Health sind aufgrund der verschiedenen, spezialisierten Leistungserbringern zu wenig koordiniert. Die Leistungserbringer sind sich zu wenig über das Potential des IT-Einsatzes bewusst.

### Herausforderungen:

Der Zersplitterung der IT-Systeme ist entgegenzuwirken durch die verbindliche Anwendung von Standards. Im Bereich des E-Health ist Rechtssicherheit zu schaffen. Unabdingbar ist der Aufbau einer Basisinfrastruktur für den datenschutzkonformen elektronischen Datenaustausch. Für den Austausch von Informationen ist eine elektronische Identifikation der Patientinnen und Patienten sowie der Behandelnden notwendig.

## 6. Soziale Sicherheit

### 6.1. Familie gewinnt Politik

<p><b>Zusammenfassung:</b> Die Erwerbsbeteiligung bzw. Erwerbsquote der Frauen liegt deutlich unter jener der Männer. Wirtschaft und Staat sehen sich aufgrund des demographischen Wandels mit einer Verknappung der Arbeitsmarktressourcen konfrontiert. Diese lässt sich nur auffangen durch eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität, eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit, verstärkte Zuwanderung oder eine Erhöhung der Erwerbsbeteiligung der Frauen. Letzteres bedingt, dass für Berufstätige bessere Bedingungen geschaffen werden, um Beruf und Familie besser vereinbaren zu können.</p> <p>Der Kanton St.Gallen, heute noch ein "junger" Kanton, wird seinen Jugendlichkeitsvorsprung aufgrund des Geburtenrückgangs, der steigenden Lebenserwartung und des Älterwerdens der Babyboom-Generation verlieren. Diese demographische Entwicklung zeigt sich in der Familie exemplarisch: weniger Geburten, weniger (kinderreiche) Familien, mehr Scheidungen, länger andauernde familiäre Generationenbeziehungen. Zugleich kommt der Familie eine Schlüsselrolle bei der Bewältigung des demographischen Wandels zu. Über das Vorhandensein von Kindern leisten Familien quer durch die Generationen Wesentliches für das Überleben von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft (Human- und Sozialkapital). Für Familien stellen sich jedoch in allen Lebensphasen vermehrt Fragen zur Lebensqualität und Alltagsgestaltung, Existenzsicherung, Vereinbarkeit von Kindern und Beruf, aber auch Beruf und Pflege von betagten pflegebedürftigen Angehörigen.</p>		<p><b>Verweis:</b> Analyse der Staatstätigkeit zum Thema <i>Familie gewinnt Politik</i> aus dem Departement des Innern;</p> <p>Umfeldmonitoring zum Politikbereich <i>Soziale Sicherheit</i>.</p>								
<p><b>Chancen:</b> Die Koordination der familienpolitischen Aktivitäten und Bemühungen erhöht die Wirksamkeit und sichert die Nachhaltigkeit ökonomischer, sozialer und struktureller Bestrebungen.</p>	<p><b>Gefahren:</b> Dem Kanton St.Gallen steht ein Arbeitskräftemangel aufgrund von Pensionierungen und geringer Arbeitsmarkteintrittsquote bevor. Dieser Trend wird durch eine schlechte Ausschöpfung des vorhandenen Arbeitspotenzials der Personen im erwerbsfähigen Alter (insbesondere Frauen) noch verstärkt.</p>	<p><b>Nachhaltigkeit:</b></p> <table border="1"> <thead> <tr> <th>Kategorie</th> <th>Nachhaltigkeitsniveau</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Wirtschaft</td> <td>niedrig</td> </tr> <tr> <td>Umwelt</td> <td>sehr niedrig</td> </tr> <tr> <td>Gesellschaft</td> <td>hoch</td> </tr> </tbody> </table>	Kategorie	Nachhaltigkeitsniveau	Wirtschaft	niedrig	Umwelt	sehr niedrig	Gesellschaft	hoch
Kategorie	Nachhaltigkeitsniveau									
Wirtschaft	niedrig									
Umwelt	sehr niedrig									
Gesellschaft	hoch									
<p><b>Stärken:</b> Parlamentarische Vorstösse zeigen, dass die politische Bereitschaft für das Thema "Familie gewinnt Politik" vorhanden ist. So steht die Vereinbarkeitsthematik in der Agenda grosser Arbeitgebenden. Ebenso sind Blockzeiten und Mittagstische in Volksschulen teilweise eingeführt. Auch das Wohn- und Arbeitspotenzial ist vorhanden.</p>	<p><b>Schwächen:</b> Familienpolitisch relevante Aktivitäten sind noch zu wenig koordiniert. So existieren keine fundierten Angaben zur Familienattraktivität des Kantons; auch ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht für alle Anspruchsgruppen realisiert und das Angebot familienergänzender Kinderbetreuung nicht ausreichend.</p>	<p><b>Herausforderungen:</b> Aufgrund der bevorstehenden demographischen Veränderungen ist eine familienpolitische Offensive notwendig. Ziel ist, die Situation von Familien zu verbessern sowie die Familienattraktivität des Kantons zu erhöhen. Dazu sind kurz- und langfristige Massnahmen notwendig (Vereinbarkeit von Kindern und Beruf; Vereinbarkeit von Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger und Beruf; verfügbares Einkommen/Existenzsicherung; Elternbildung und Familienberatung).</p>								

## 6.2. Kinder haben Recht

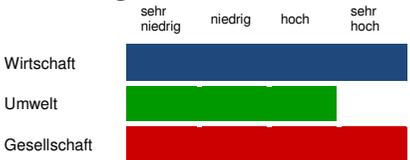
<p><b>Zusammenfassung:</b>                  Kinderrechte und Kinderschutz sind aktuelle Brennpunkte des gesellschaftlichen Diskurses. Thematisiert werden insbesondere der Umgang mit Unterhaltungsmedien und die Nutzung des Internets, übermässiger Alkohol- und Drogenkonsum, der Schutz vor Missbrauch und Übergriffen, der Schutz vor Armut sowie das Recht auf Anhörung und Mitsprache in Verfahren (z.B. Scheidung, Qualität Pflegekinderwesen, Qualität Kinder- und Jugendheime, gesellschaftliche Mitsprache, Gesundheitsprävention). Die negativ behafteten und oftmals medial aufgeladenen Themen und die häufig geforderten repressiven Massnahmen müssen mit einem ressourcenorientierten Ansatz ergänzt werden. Kinder und Jugendliche sind verantwortungsbewusst und lernwillig. Sie können wichtige Beiträge für den Generationenvertrag und eine zukunftsgerichtete Politik leisten. Dazu müssen die Rahmenbedingungen im Kanton St.Gallen verbessert werden.</p>		<p><b>Verweis:</b>                  Analyse der Staatstätigkeit zum Thema <i>Kinder haben Recht</i> aus dem Departement des Innern;                   Umfeldmonitoring zum Politikbereich <i>Soziale Sicherheit</i>.</p>								
<p><b>Chancen:</b>                  Frühförderung unterstützt eine gesunde Entwicklung und das Erlernen von wichtigen Fertigkeiten; insbesondere Kinder mit Migrationshintergrund profitieren davon. Hinzu kommt, dass der heutige Lehrstellenmangel durch die demografische Entwicklung entschärft wird.</p>	<p><b>Gefahren:</b>                  Durch gescheiterte Massnahmen für Jugendliche zur Integration in den Arbeitsmarkt wird Armut und soziale Ausgrenzung verstärkt. Auch die Jugendkriminalität und Jugendgewalt entwickelt sich vermehrt zu einem gesellschaftlichen Problem.</p>	<p><b>Nachhaltigkeit:</b></p>  <table border="1"> <thead> <tr> <th>Kategorie</th> <th>Werte</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Wirtschaft</td> <td>niedrig</td> </tr> <tr> <td>Umwelt</td> <td>niedrig</td> </tr> <tr> <td>Gesellschaft</td> <td>hoch</td> </tr> </tbody> </table>	Kategorie	Werte	Wirtschaft	niedrig	Umwelt	niedrig	Gesellschaft	hoch
Kategorie	Werte									
Wirtschaft	niedrig									
Umwelt	niedrig									
Gesellschaft	hoch									
<p><b>Stärken:</b>                  Kinder und Jugendliche sind häufig Ziel politischer Bemühungen. So sind viele Gemeinden jugendpolitisch aktiv (Jugendleitbilder, Jugendprojekte); auch der Lotteriefonds ermöglicht kantonale Jugendförderung über einen Jugendkredit. Zudem ist St.Gallen hinsichtlich der Bevölkerungszusammensetzung ein junger Kanton (Jugendlichkeitsvorsprung).</p>	<p><b>Schwächen:</b>                  Kinder- und jugendpolitisch relevante Aktivitäten verlaufen noch zu unkoordiniert; zudem sind Kinderrechte nicht flächendeckend umgesetzt. Das Angebot familienergänzender Kinderbetreuung ist nicht ausreichend; auch der koordinierte Kinderschutz befindet sich erst im Projektstadium.</p>	<p><b>Herausforderungen:</b>                  Ein Impulsprogramm ist mit der Berichterstattung zur Kinder- und Jugendpolitik (43.05.10) abzustimmen. Das Regierungsprogramm bietet Gelegenheit, bereits heute Ressourcen für ein solches Impulsprogramm zu generieren. Wichtige Impulse sind "Kinder haben Recht auf Gesundheit" (Gesundheitsförderung), "Kinder haben Recht auf Recht und Ordnung" (Kinderrechte, Kinderschutz), "Kinder haben Recht auf Bildung, Förderung und Chancengleichheit" (Bildungschancen, Kinderbetreuung, Kampf gegen Jugendarmut, Integration, politische Partizipation).</p>								

### 6.3. Zuwanderung, Information und "Willkommenskultur"

<p><b>Zusammenfassung:</b> Integration trägt wesentlich zum Gelingen des gesellschaftlichen Zusammenlebens bei. Seit dem Inkrafttreten der bilateralen Abkommen mit der EU haben sich die Migrationsströme verändert. Während nach wie vor Migrant/innen aus Drittstaaten zuziehen (Familiennachzug), wählen zunehmend gut qualifizierte EU-Bürger/innen den Kanton als neuen Arbeits- und Lebensraum. Integration nimmt jedoch nicht in jedem Fall automatisch einen positiven Verlauf; Zuwanderung ist mit nicht zu vernachlässigenden Risiken sowohl für die einzelne Person als auch für die Gesellschaft behaftet. Es stellt sich daher die Frage, welchen zusätzlichen Beitrag der Kanton leisten kann, um den ökonomischen und gesellschaftlichen Nutzen der Zuwanderung zu optimieren und gleichzeitig negative und kostspielige Auswirkungen, die die Zuwanderung mit sich bringen kann, zu minimieren. Nach Art. 56 AuG sind Bund, Kantone und Gemeinden verpflichtet, für eine angemessene Information der Ausländer/innen über Lebens- und Arbeitsbedingungen in der Schweiz zu sorgen. Mit dem Projekt "conTAKT-net.ch" hat St.Gallen einen wichtigen Schritt in diese Richtung getan. Auch klassische Einwanderungsländer (Kanada) legen Wert auf optimale Information; damit einher geht eine Einstellung zur Einwanderung, die nutzungsorientiert ist und sich als "Willkommenskultur" beschreiben lässt.</p>		<p><b>Verweis:</b> Analyse der Staatstätigkeit zum Thema <i>Zuwanderung, Information und "Willkommenskultur"</i> aus dem Departement des Innern;</p> <p>Umfeldmonitoring zum Politikbereich <i>Soziale Sicherheit</i>; Thema <i>Integration und gesellschaftliche Solidarität</i>.</p>								
<p><b>Chancen:</b> Eine optimale "Einführung" ermöglicht Zugewanderten, einen positiven Beitrag zur ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung des Zuwanderungslandes zu leisten. Mit zielgruppengerechter Information und der Etablierung einer Willkommenskultur wird zudem die Integration aller Zugewanderten von Anfang an gefördert und ihr Potenzial genutzt. Auf der Seite der Zugewanderten hängt die Motivation sich zu integrieren davon ab, ob sie sich willkommen fühlen oder nicht.</p>	<p><b>Gefahren:</b> Fehlende Unterstützung in der allerersten Phase nach der Zuwanderung kann zu Fehlverhalten führen, das sich nachträglich nur mit massiv höherem Aufwand korrigieren lässt. Auch lässt sich die Auswirkung des demographisch bedingten Arbeitskräfteschwundes auf die Entwicklung der Zuwanderung schlecht abschätzen.</p>	<p><b>Nachhaltigkeit:</b></p>  <table border="1"> <thead> <tr> <th>Kategorie</th> <th>Nachhaltigkeitsniveau</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Wirtschaft</td> <td>hoch</td> </tr> <tr> <td>Umwelt</td> <td>zwischen niedrig und hoch</td> </tr> <tr> <td>Gesellschaft</td> <td>sehr hoch</td> </tr> </tbody> </table>	Kategorie	Nachhaltigkeitsniveau	Wirtschaft	hoch	Umwelt	zwischen niedrig und hoch	Gesellschaft	sehr hoch
Kategorie	Nachhaltigkeitsniveau									
Wirtschaft	hoch									
Umwelt	zwischen niedrig und hoch									
Gesellschaft	sehr hoch									
<p><b>Stärken:</b> Es bestehen Angebote der Integrationsförderung mit kleinen, regionalen Fachstellen, die untereinander gut vernetzt sind. Erste positive Erfahrungen konnten mit Integrationsvereinbarungen bereits gesammelt werden. Auch wurde die Relevanz des Themas auf kommunaler Ebene erkannt. Positiv zu werten sind zudem privat organisierte "relocation services" für Kadermitarbeitende, die aus dem Ausland zuziehen.</p>	<p><b>Schwächen:</b> Systematische Informationen und Support fehlen in der allerersten Phase nach der Zuwanderung, d.h. Neuzuzügler sind meist sich selbst überlassen. Auch ist die Erstinformation – insbesondere bei Risikogruppen – oft von Drohhaltungen seitens Behörden geprägt.</p>	<p><b>Herausforderungen:</b> Die Unterstützung soll insbesondere in der Anfangsphase der Einwanderung sichergestellt werden. Dabei muss das Verwaltungshandeln kantonaler und kommunaler Stellen im Sinne von Erstinformation, Anfangssupport und Willkommenskultur weiterentwickelt werden. Auch die (Erst)Information gilt es verbindlich zu regeln und zu verbessern.</p>								

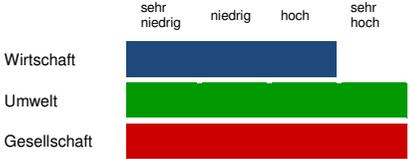
## 7. Verkehr

### 7.1. Agglomerationsentwicklung

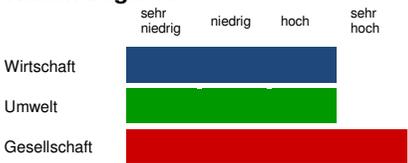
<p><b>Zusammenfassung:</b>                  Agglomerationen sind einerseits die Motoren der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung, andererseits sind sie überproportional von Siedlungs- und Verkehrsproblemen betroffen. Rund 66% der St.Galler Bevölkerung lebt in einer der sechs Agglomerationen, von denen keine ganz auf St.Galler Territorium liegt; vielmehr erstrecken sie sich auf die umliegenden Kantone. Verkehrsprobleme gehen zu einem wesentlichen Teil auf die zunehmende räumliche Trennung der Grundfunktionen Wohnen, Arbeiten, Erholung und Freizeit zurück, die zusätzliche Mobilität erzeugt. Auch eine zunehmende Wohnbevölkerung sowie gestiegene Ansprüche an Wohnraum lassen den Siedlungsraum wachsen. Um St.Gallen eine hohe Wohn- und Lebensqualität zu sichern und den Anforderungen eines wachsenden Kantons gerecht zu werden, ist ein zukunftsorientiertes Siedlungs- und Verkehrskonzept notwendig.</p> <p>Im Rahmen seiner Agglomerationspolitik entwickelte der Bund das Instrument des Agglomerationsprogramms. Voraussetzung für die Leistung von Bundesbeiträgen an Verkehrsinfrastrukturprojekten sind genügende und fristgerecht eingereichte Agglomerationsprogramme. Der Erarbeitung einer kantonalen Agglomerationspolitik kommt eine hohe strategische Bedeutung für den Kanton St.Gallen zu. Die Bewältigung anstehender Probleme erfordert eine kohärente Strategie, die einerseits regionalen Interessen Spielraum gewährt, andererseits politische Kräfte und Ressourcen optimal bündelt.</p>		<p><b>Verweis:</b>                  Analyse der Staatstätigkeit zum Thema <i>Agglomerationsentwicklung</i> aus dem Baudepartement;</p> <p>Umfeldmonitoring zum Politikbereich <i>Umwelt und Raumordnung und Verkehr</i>; Thema <i>Siedlungsdruck und Steigende Mobilität</i>.</p>								
<p><b>Chancen:</b>                  Der zunehmende Handlungsdruck (Verkehr, Umwelt, Stadtentwicklung, Soziales) stärkt das Bewusstsein für ein abgestimmtes Raumplanungskonzept. Durch gezielte Siedlungs- und Verkehrsplanung können günstige Voraussetzungen für eine nachhaltige Agglomerationsentwicklung geschaffen werden.</p>	<p><b>Gefahren:</b>                  Durch eine unkontrollierte Raumordnungspolitik drohen sich die räumlichen Ziel- und Nutzungskonflikte zwischen unterschiedlichen Funktionen (Wirtschaft, Umwelt, Arbeiten, Wohnen, Freizeit) zu verstärken. Hohe Kosten für den ÖV und ungenügende Verkehrsentflechtung belastet zudem das Verkehrsnetz und wirken sich negativ auf die Umwelt aus.</p>	<p><b>Nachhaltigkeit:</b></p>  <table border="1"> <thead> <tr> <th>Kategorie</th> <th>Nachhaltigkeitsniveau</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Wirtschaft</td> <td>hoch</td> </tr> <tr> <td>Umwelt</td> <td>niedrig bis hoch</td> </tr> <tr> <td>Gesellschaft</td> <td>sehr niedrig</td> </tr> </tbody> </table>	Kategorie	Nachhaltigkeitsniveau	Wirtschaft	hoch	Umwelt	niedrig bis hoch	Gesellschaft	sehr niedrig
Kategorie	Nachhaltigkeitsniveau									
Wirtschaft	hoch									
Umwelt	niedrig bis hoch									
Gesellschaft	sehr niedrig									
<p><b>Stärken:</b>                  Die Vertreter aller divergierenden Interessen arbeiten an der Entwicklung der Agglomerationsprogramme mit.</p>	<p><b>Schwächen:</b>                  St.Gallen fehlt eine kantonale Agglomerationspolitik mit einer konsequenten Ausrichtung auf vorhandene Stärken und die interregionale Erreichbarkeit. Auch betreffen alle Agglomerationsprogramme andere Kantone oder das Ausland (St.Gallen als Ringkanton).</p>	<p><b>Herausforderungen:</b>                  Neben der Weiterführung und –entwicklung der fünf bearbeiteten Agglomerationsprogramme muss zusätzlich eine kantonale Agglomerationspolitik entwickelt werden (Festlegung der Themen, die im Rahmen der kantonalen Agglomerationsprogramme definiert werden sollen). Zudem sind handlungsfähige Trägerschaften zu schaffen und das Richtplanthema "Koordination Raum, Gesellschaft, Verkehr und Umwelt" aufzuarbeiten.</p>								

## 8. Umwelt und Raumordnung

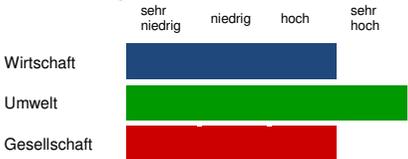
### 8.1. Biodiversität – schätzen und nutzen

<p><b>Zusammenfassung:</b> Die Biodiversität ist eine wichtige Lebensgrundlage für das menschliche Wohlergehen, nicht nur als Grundlage für Nahrungsmittel und Arzneiwirkstoffe, sondern auch im Hinblick auf den Erhalt von Ökosystemen (Wald, Wiese, Natur- und Kulturlandschaften, Gewässer). Auch die wirtschaftliche Bedeutung der Biodiversität ist beachtlich; allein der Wert der Landschaft für den Schweizer Tourismus wird mit mindestens 2,5 Milliarden Franken pro Jahr beziffert. Der Kanton St.Gallen zeichnet sich aufgrund der Topographie durch eine besondere landschaftliche und biologische Vielfalt aus; der Pflanzenartenreichtum ist einzigartig in der Schweiz und wird nur noch im Wallis (Binntal) übertroffen. Für gewisse Arten trägt der Kanton eine nationale oder sogar internationale Verantwortung; so kommt die Schweizer Goldschrecke weltweit nur auf zwei Churfirstengipfeln vor. Diese Vielfalt wird allerdings durch fortschreitende Urbanisierung, intensive Landwirtschaft, Verkehr, Tourismus und Klimawandel stark gefährdet. Um dem Verlust der Artenvielfalt Gegensteuer zu geben, wurden verschiedene internationale, nationale und kantonale Abkommen abgeschlossen. Denn das grosse Potenzial an Artenvielfalt im Kanton St.Gallen gilt es nachhaltig zu erhalten und zu nutzen.</p>		<p><b>Verweis:</b> Analyse der Staatstätigkeit zum Thema <i>Biodiversität – schätzen und nutzen</i> aus dem Volkswirtschaftsdepartement;  Umfeldmonitoring zum Politikbereich <i>Umwelt und Raumordnung</i>.</p>								
<p><b>Chancen:</b> Die Aufnahme der Schweizer Tektonikarena Sardona ("Glarner Hauptüberschiebung") ins Unesco-Welterbe bietet dem Kanton nachhaltige Chancen bezüglich Wirtschaft (sanfter Tourismus), Umwelt (Erhalt der Artenvielfalt, Schonen von naturnahen Landschaften) und Gesellschaft (Lebensqualität).</p>	<p><b>Gefahren:</b> Trotz Artenschwund fehlt eine Sensibilisierung in der Bevölkerung. Da in diesem Bereich gewisse Prozesse irreversibel sind, müssen Investitionen rechtzeitig getätigt werden und können nicht aufgeschoben werden.</p>	<p><b>Nachhaltigkeit:</b></p>  <table border="1"> <thead> <tr> <th>Kategorie</th> <th>Nachhaltigkeitsniveau</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Wirtschaft</td> <td>niedrig</td> </tr> <tr> <td>Umwelt</td> <td>hoch</td> </tr> <tr> <td>Gesellschaft</td> <td>sehr hoch</td> </tr> </tbody> </table>	Kategorie	Nachhaltigkeitsniveau	Wirtschaft	niedrig	Umwelt	hoch	Gesellschaft	sehr hoch
Kategorie	Nachhaltigkeitsniveau									
Wirtschaft	niedrig									
Umwelt	hoch									
Gesellschaft	sehr hoch									
<p><b>Stärken:</b> Der Kanton besitzt immer noch reichhaltige und teilweise unversehrte Naturlandschaften. Auch der Pflanzenartenreichtum ist einzigartig. Dank vertraglich gesicherten Grossreservaten hat der Kanton bereits ansehnliche Waldflächen der Vorrangfunktion "Biodiversität" gewidmet. Zudem hat St.Gallen mit der Wiederansiedlung von ausgestorbenen Tierarten (Steinbock) eine Pionierrolle übernommen.</p>	<p><b>Schwächen:</b> Der kantonale Natur- und Landschaftsschutz ist für seine Aufgaben zu wenig ausgebaut. Viele Aufgaben wurden an die Gemeinden delegiert, deren Standard in der Ausführung sehr unterschiedlich ist. Zudem fehlt ein systematisches Monitoring zur Beobachtung der Biodiversitätsentwicklung im Kanton. Auch die Vernetzung privater Institutionen, die Aufgaben im Bereich Biodiversität übernehmen, ist noch ausbaufähig.</p>	<p><b>Herausforderungen:</b> Die Öffentlichkeitsarbeit im Bereich Biodiversität (Mitwirkung Naturmuseum) muss gestärkt werden, wobei die Schulen eine aktive Rolle spielen (Schulfach "Mensch und Umwelt", Projektwochen, Veranstaltungen, Lehrmittel wie "thema" und "aktuell"). Auch wäre es sinnvoll, konkrete Projekte zur ökologischen Aufwertung zu fördern. Im Bereich Biodiversität ist Wesentliches an private Organisationen delegiert, daher müssen neue Wege der Zusammenarbeit (private public partnership) gesucht und die Aufgabenteilung optimiert werden.</p>								

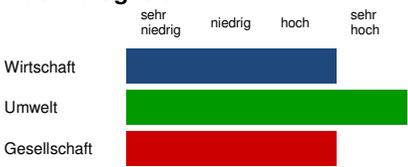
## 8.2. Politik für den ländlichen Raum

<p><b>Zusammenfassung:</b>                  Der ländliche Raum ist einerseits Komplementärraum für die Agglomerationen (Erholungs- und Freizeitraum), andererseits ist er ein Raum mit einer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung, die zurzeit zu Diskussionen führt, weil Bevölkerungsentwicklung, Steuerbelastung und Erreichbarkeit nicht zu befriedigen vermögen. Auch auf schweizerischer Ebene wird das Verhältnis <i>Agglomerationspolitik</i> und <i>Politik des ländlichen Raums</i> intensiv diskutiert. In manchen Politikbereichen (Landwirtschafts-, Regional-, Forst-, Tourismus-, Bildungs-, Raumentwicklungs-, Verkehrspolitik) wird der ländliche Raum bereits bearbeitet, jedoch noch zu unkoordiniert. Dies führt unter Umständen zu Konfliktsituationen zwischen den verschiedenen Politikbereichen. Für die weitere Arbeit im ländlichen Raum ist es für den Kanton St.Gallen wichtig, kohärente Leitplanken und Visionen zu entwickeln.</p>		<p><b>Verweis:</b>                  Analyse der Staatstätigkeit zum Thema <i>Politik für den ländlichen Raum</i> aus dem Baudepartement;</p> <p>Umfeldmonitoring zum Politikbereich <i>Umwelt und Raumordnung</i> und <i>Verkehr</i>; Thema <i>Siedlungsdruck</i> und <i>Steigende Mobilität</i>.</p>								
<p><b>Chancen:</b>                  Der ländliche Raum weist zahlreiche Naherholungsgebiete für den Tourismus auf und bietet ein reiches Angebot für Sport- und Freizeitaktivitäten. Attraktive Rahmenbedingungen (Wohnen, Arbeiten, Schule, Infrastruktur) erhöhen zudem die Verbundenheit der Bevölkerung mit der Wohngemeinde und sorgen für ein Wir-Gefühl (Identifikation).</p>	<p><b>Gefahren:</b>                  Durch eine wenig effektive Raumordnungspolitik droht eine räumliche Disparität zwischen städtischen Zentren und ländlichen Gebieten. Dieser Trend wird durch eine unzureichende Verkehrserschliessung und ungünstige Rahmenbedingungen noch verstärkt.</p>	<p><b>Nachhaltigkeit:</b></p>  <table border="1"> <thead> <tr> <th>Kategorie</th> <th>Werte</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Wirtschaft</td> <td>sehr niedrig bis niedrig</td> </tr> <tr> <td>Umwelt</td> <td>niedrig bis hoch</td> </tr> <tr> <td>Gesellschaft</td> <td>hoch bis sehr hoch</td> </tr> </tbody> </table>	Kategorie	Werte	Wirtschaft	sehr niedrig bis niedrig	Umwelt	niedrig bis hoch	Gesellschaft	hoch bis sehr hoch
Kategorie	Werte									
Wirtschaft	sehr niedrig bis niedrig									
Umwelt	niedrig bis hoch									
Gesellschaft	hoch bis sehr hoch									
<p><b>Stärken:</b>                  Der Kanton St.Gallen verfügt über schöne, intakte Landschaften mit gelebten Traditionen, guter Lebensqualität und touristischer Anziehungskraft.</p>	<p><b>Schwächen:</b>                  Ökonomische Schwierigkeiten und Infrastrukturprobleme führen zu Stagnation und Abwanderung. Auch fehlt eine st.gallische Politik für den ländlichen Raum.</p>	<p><b>Herausforderungen:</b>                  Für die Zukunft der ländlichen Räume müssen kantonale Strategien sowie ein Programm für den ländlichen Raum (analog den Agglomerationsprogrammen) entwickelt werden. Dabei müssen das Verhältnis Stadt – Land geklärt und die Funktionsteilung festgelegt werden.</p>								

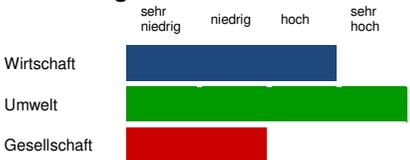
### 8.3. Schutz vor Naturgefahren

<p><b>Zusammenfassung:</b> Naturgewalten bedrohen den Menschen seit jeher. Aufgrund seiner Topographie ist auch der Kanton St.Gallen von Naturereignissen wie Hochwasser, Murgängen, Lawinen, Steinschlag betroffen. Die jahrhundertelangen Anstrengungen, Naturgefahren durch Schutzbauten abzuwenden, haben die wirtschaftliche Entwicklung geprägt. Grosse Schadenereignisse der vergangenen Jahrzehnte haben jedoch gezeigt, dass Schutzbauten alleine nicht ausreichen, um heutigen Schutzansprüchen gerecht zu werden. Richt- und Nutzungsplanungen müssen vermehrt den natürlichen Gegebenheiten angepasst werden.</p> <p>Die Verpflichtung der Kantone zur Grundlagenerhebung ergibt sich aus dem Bundesrecht. Ziel ist es, die Grundlagen zu gravitativen Naturgefahren in Abstimmung mit dem vorhandenen Schadenpotenzial innerhalb nützlicher Frist und unter Einhaltung des Kostenrahmens zu erarbeiten und deren Erkenntnisse in Massnahmen umzusetzen. Die auf die Ergebnisse der Naturgefahrenabklärungen gestützten Vollzugsmassnahmen sollen künftig die von gravitativen Naturereignissen verursachten Schäden nachhaltig verringern. Angestrebt wird ein im volkswirtschaftlichen Sinn rentables Vorhaben. Gestützt auf die Grundlagen ist es Aufgabe des Vollzugs, Konflikte zwischen Raumnutzung und Gefährdung optimal zu lösen.</p>		<p><b>Verweis:</b> Analyse der Staatstätigkeit zum Thema <i>Schutz vor Naturgefahren</i> aus dem Baudepartement;</p> <p>Umfeldmonitoring zum Politikbereich <i>Umwelt und Raumordnung</i>.</p>								
<p><b>Chancen:</b> Mit raumplanerischen Massnahmen werden einerseits bestehende Schadenpotenziale vermindert, andererseits keine weiteren geschaffen.</p>	<p><b>Gefahren:</b> Wohn- und Bauzonen liegen in Gefahrengebieten.</p>	<p><b>Nachhaltigkeit:</b></p>  <table border="1"> <thead> <tr> <th>Kategorie</th> <th>Nachhaltigkeitsniveau</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Wirtschaft</td> <td>niedrig</td> </tr> <tr> <td>Umwelt</td> <td>hoch</td> </tr> <tr> <td>Gesellschaft</td> <td>sehr hoch</td> </tr> </tbody> </table>	Kategorie	Nachhaltigkeitsniveau	Wirtschaft	niedrig	Umwelt	hoch	Gesellschaft	sehr hoch
Kategorie	Nachhaltigkeitsniveau									
Wirtschaft	niedrig									
Umwelt	hoch									
Gesellschaft	sehr hoch									
<p><b>Stärken:</b> Volkswirtschaftlich hat das Projekt auf lange Sicht einen sehr grossen Nutzen. Auch gewährleistet die gewählte Methode Rechtssicherheit und Rechtsgleichheit. Zudem fördert eine geordnete Besiedlung als Grundlage für die Raumplanung das Sicherheitsempfinden in der Bevölkerung.</p>	<p><b>Schwächen:</b> Die politische Akzeptanz zu diesem Thema ist gering. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zur Koordination der Massnahmen beim Rhein ist wenig ausgestaltet.</p>	<p><b>Herausforderungen:</b> Gemäss RRB 2007/486 müssen sämtliche Gefahrengrundlagen bis Ende 2012 erstellt werden. Dabei gilt es einen Ereigniskataster zu führen und geeignete kantonale Rechtsgrundlagen und Hilfsmittel für die Umsetzung der Gefahrengrundlagen zu schaffen. Auch muss die Organisation mit Blick auf den zunehmenden Vollzug laufend optimiert und die Akzeptanz der Gefahrengrundlagen gefördert werden. Hinsichtlich Naturgefahren gilt es die Gesellschaft zu sensibilisieren sowie konkrete Sanierungsmassnahmen für die Umsetzung des Entwicklungskonzepts Alpenrheintal zu definieren.</p>								

## 8.4. Klimaschutz und Luftqualität

<p><b>Zusammenfassung:</b> Die Schadstoffbelastung der Luft ist ein Problem mit weitreichenden Folgen für Gesundheit und Umwelt. Die Immissionsgrenzwerte für Feinstaub, Stickstoffdioxid und Ozon werden regelmässig überschritten, ebenso die Schadstoffeinträge in empfindliche Ökosysteme. Ammoniak und Stickoxide sind zudem als Vorläuferschadstoffe für die Entstehung von Folgeproblemen wie Feinstaub und Ozon mitverantwortlich. In der Schweiz sterben jährlich 3'700 Menschen vorzeitig an den Folgen der Luftverschmutzung. Allein die durch den Feinstaub verursachten Gesundheitskosten belaufen sich jährlich auf rund 4,2 Milliarden Franken. In den letzten zwanzig Jahren wurden grosse Anstrengungen unternommen, um die Belastung der Atmosphäre mit Schadstoffen zu reduzieren. Zwar konnte ein Konzentrationsrückgang bei Schwefeldioxid, Kohlenmonoxid, Blei und Cadmium verzeichnet werden; die bisherigen Massnahmen genügen jedoch nicht, um die Qualitätsziele für weitere Luftschadstoffe zu erreichen.</p> <p>Das Verbrennen fossiler Energieträger wird heute als wahrscheinliche Ursache der Klimaveränderung betrachtet. Die Folgen der Klimaveränderung sind auch in der Bodenseeregion zu spüren (Extremwetterereignisse, verändertes Wasserangebot, gestiegene Durchschnittstemperaturen, Veränderung der Vegetation). Mit dem Kyoto-Abkommen hat sich die Schweiz verpflichtet, den CO<sub>2</sub>-Ausstoss bis um Jahr 2010 um 10% unter das Niveau von 1990 zu senken. Der Erfolg hängt jedoch stark von den freiwilligen Massnahmen der Wirtschaft, den Anstrengungen der Kantone sowie dem Konsumverhalten der Bevölkerung ab.</p>		<p><b>Verweis:</b> Analyse der Staatstätigkeit zum Thema <i>Klimaschutz und Luftqualität</i> aus dem Baudepartement;</p> <p>Umfeldmonitoring zum Politikbereich <i>Umwelt und Raumordnung</i>; Thema <i>Ökologischer Fussabdruck</i>.</p>																				
<p><b>Chancen:</b> Förderliche Rahmenbedingungen verbessern nicht nur die allgemeine Gesundheits- und Lebensqualität, sondern bieten der Wirtschaft ideale Möglichkeiten, neue innovative Produkte zu entwickeln und diese zu vermarkten.</p>	<p><b>Gefahren:</b> Die Sozialisierung von Folgekosten schafft falsche Lenkungsanreize, wodurch Innovationen gebremst werden. Auch sind die Schadens- und Reparaturkosten sehr viel höher als Vermeidungskosten.</p>	<p><b>Nachhaltigkeit:</b></p>  <table border="1"> <thead> <tr> <th>Kategorie</th> <th>sehr niedrig</th> <th>niedrig</th> <th>hoch</th> <th>sehr hoch</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Wirtschaft</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Umwelt</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Gesellschaft</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table>	Kategorie	sehr niedrig	niedrig	hoch	sehr hoch	Wirtschaft					Umwelt					Gesellschaft				
Kategorie	sehr niedrig	niedrig	hoch	sehr hoch																		
Wirtschaft																						
Umwelt																						
Gesellschaft																						
<p><b>Stärken:</b> Gesetzliche Grundlagen sind mehrheitlich vorhanden. Im Kanton St.Gallen gibt es zudem wenige Risikobranchen; auch riesige Ballungszentren sind keine vorhanden.</p>	<p><b>Schwächen:</b> Der Vollzugsgrad ist im Kanton St.Gallen in Folge hoher Gemeindeautonomie sehr heterogen. Zudem wirken sich kontraproduktive Handlungsanreize negativ auf das Klima und die Luftqualität aus. Auch die Vielzahl der Verursacher sowie diffuse Quellen erschweren ein gezieltes Vorgehen.</p>	<p><b>Herausforderungen:</b> Luftschadstoffe und klimaschädigende Gase sollen in allen Wirtschafts- und Lebensbereichen reduziert werden (Anpassung des kantonalen Massnahmenplans an die aktuelle Problematik der Luftreinhaltung). Besondere Bedeutung hat die Vorbildfunktion der öffentlichen Hand im Mobilitätsbereich und bei der Auftragsvergabe (bsp. Hoch- und Tiefbau).</p>																				

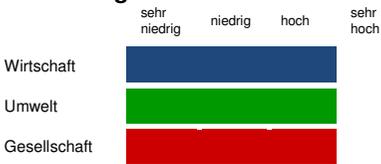
### 8.5. Nachhaltiges Baustoffmanagement

<p><b>Zusammenfassung:</b>                  Zentrale Zielsetzung eines nachhaltigen Baustoffmanagements ist die Schonung der natürlichen Ressourcen durch Schliessung der Stoffkreisläufe. Eine umfangreiche Strategiebeschreibung wurde durch Bund/Kantone im Jahre 2002 erarbeitet und publiziert ("Baustoffmanagement 21"). Die darin beschriebenen Zielsetzungen gelten nach wie vor; es besteht kein Bedarf neue Strategien zu formulieren. Vielmehr ist mit punktuellen Massnahmen dort einzugreifen, wo Entwicklungen in der Bauwirtschaft die Strategieumsetzung hemmen oder den Zielsetzungen gar zuwider laufen. Im Rahmen spezifischer Teilprojekte sollen folgende Bereiche gezielt bearbeitet werden: RC (Recycling)-Material im Hochbau (→ es fehlt an Qualitätsbewusstsein, Kontrolle, geeigneten Aufbereitungsanlagen und RC-spezifischen Baustoffrezepturen für den Hochbau); Entsorgung von unverschmutztem Aushub (→ es mangelt an Konzepten zur zeitgerechten Bereitstellung von geeignetem und ausreichendem Deponieraum); einfache, kompakte, rückbau- und recyclingfähige Baukonstruktionen (→ es fehlt eine umfassende Sicht bezüglich der Recyclingfähigkeit und Langlebigkeit von Bauten).</p>		<p><b>Verweis:</b>                  Analyse der Staatstätigkeit zum Thema <i>Nachhaltiges Baustoffmanagement</i> aus dem Baudepartement.</p> <p>Umfeldmonitoring zum Politikbereich <i>Umwelt und Raumordnung</i>.</p>								
<p><b>Chancen:</b>                  Ein nachhaltiges Baustoffmanagement stärkt den Arbeitsmarkt durch arbeitsfördernde Anreize und Ressourcen schonendes Bauen. Die Schliessung der Stoffkreisläufe schont zudem natürliche Rohstofflager und reduziert den baubedingten Energie- und Verkehrsaufwand.</p>	<p><b>Gefahren:</b>                  Erschwernisse bei der Aushubentsorgung führen zu erhöhten Baukosten ohne volkswirtschaftlichen Nutzen. Zudem schaffen tiefe Transportkosten falsche Anreize.</p>	<p><b>Nachhaltigkeit:</b></p>  <table border="1"> <thead> <tr> <th>Kategorie</th> <th>Nachhaltigkeitsniveau</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Wirtschaft</td> <td>niedrig</td> </tr> <tr> <td>Umwelt</td> <td>hoch</td> </tr> <tr> <td>Gesellschaft</td> <td>niedrig</td> </tr> </tbody> </table>	Kategorie	Nachhaltigkeitsniveau	Wirtschaft	niedrig	Umwelt	hoch	Gesellschaft	niedrig
Kategorie	Nachhaltigkeitsniveau									
Wirtschaft	niedrig									
Umwelt	hoch									
Gesellschaft	niedrig									
<p><b>Stärken:</b>                  Branchenverbände der Baubranche und Verwaltungsstellen im Kanton arbeiten erfolgreich zusammen. Darauf kann in der Umsetzung der vorgesehen Teilprojekte aufgebaut werden. Im Weiteren kann an frühere Bemühungen im Bereich Abfallleitbild/Abfallwirtschaftskonzept aus dem Jahr 1995 angeknüpft werden.</p>	<p><b>Schwächen:</b>                  Durch unterdurchschnittliches Wirtschaftswachstum sowie tiefere Boden- und Ressourcenpreise sind wirtschaftliche Impulse in Richtung nachhaltiger Bauweise nicht in gleichem Mass ausgeprägt wie in boomenden Regionen (z.B. Agglomeration Zürich).</p>	<p><b>Herausforderungen:</b>                  Schaffen von neuen Strategien zur Sicherstellung einer nachhaltigen Rohstoffversorgung und -entsorgung bei Baustoffen, insbesondere mineralischen Baumaterialien:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Förderung Recycling</li> <li>- Konsequente Qualitätssicherung</li> <li>- Raumplanung</li> <li>- Deponieplanung</li> <li>- Konzept Hartgestein</li> <li>- Förderung nachhaltiger Baustoffe und Bauweisen im Hochbau durch Schulung und Anreize</li> </ul>								

## 8.6. Energieversorgung

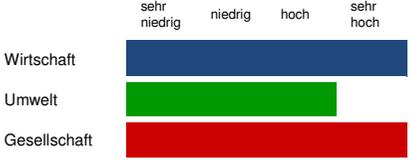
<p><b>Zusammenfassung:</b>                  Der ökologische Fussabdruck ist ein Bild für den menschlichen Ressourcenverbrauch. Dieser hat sich in der Schweiz seit den 1960er Jahren mehr als verdoppelt. Hauptverantwortlich ist der Energieverbrauch, insbesondere der Verbrauch fossiler Energieträger, der sich seit 1961 versechsfacht hat. Fossile Energieträger sind zudem für 76% der Treibhausgasemissionen verantwortlich, die zur Erwärmung der Atmosphäre führen. Klimaänderung, Verknappung und Verteuerung fossiler Energieträger gehören folglich zu den anspruchsvollsten Herausforderungen unserer Zeit. Die Energiekosten werden wesentlich durch die Aktivitäten auf den internationalen Energiemärkten bestimmt. Der Kanton St.Gallen kann mit verschiedenen Massnahmen dazu beitragen, dass die Energiekosten und die Abhängigkeit von Produzenten möglichst tief bleiben bzw. vermindert werden. Einerseits wirkt sich eine effiziente Nutzung der Energie positiv auf die Kosten aus; andererseits kann die Auslandabhängigkeit mit einer vermehrten Nutzung der einheimischen Energieträger gesenkt werden. Auch trägt die Umsetzung des kantonalen Energiekonzepts zu einer sicheren Energieversorgung bei. Gleichzeitig vermindert es den unerwünschten Einfluss auf das Klima; so unterstützen ein verminderter Verbrauch von fossilen Brenn- und Treibstoffen und der Ersatz erneuerbarer Energieträger die Erreichung der Klimaziele.</p>		<p><b>Verweis:</b>                  Analyse der Staatstätigkeit zum Thema <i>Energieversorgung</i> aus dem Baudepartement;                   Umfeldmonitoring zum Politikbereich <i>Umwelt und Raumordnung</i>; Thema <i>Ökologischer Fussabdruck</i>.</p>																				
<p><b>Chancen:</b>                  Eine ressourcenschonende und effiziente Energiepolitik schützt nicht nur die ökologische Lebensgrundlage, sondern bietet der Wirtschaft auch Möglichkeiten, neue innovative Produkte zu entwickeln und diese zu vermarkten.</p>	<p><b>Gefahren:</b>                  Eine einseitig ausgerichtete Energiepolitik führt zu Zielkonflikten zwischen Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt. Negative Folgen sind Versorgungslücken, eingeschränktes Entwicklungspotential und Zusatzkosten.</p>	<p><b>Nachhaltigkeit:</b></p>  <table border="1"> <thead> <tr> <th>Kategorie</th> <th>sehr niedrig</th> <th>niedrig</th> <th>hoch</th> <th>sehr hoch</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Wirtschaft</td> <td colspan="4">[Blue bar spanning from 'niedrig' to 'hoch']</td> </tr> <tr> <td>Umwelt</td> <td colspan="4">[Green bar spanning from 'niedrig' to 'hoch']</td> </tr> <tr> <td>Gesellschaft</td> <td colspan="4">[Red bar spanning from 'niedrig' to 'hoch']</td> </tr> </tbody> </table>	Kategorie	sehr niedrig	niedrig	hoch	sehr hoch	Wirtschaft	[Blue bar spanning from 'niedrig' to 'hoch']				Umwelt	[Green bar spanning from 'niedrig' to 'hoch']				Gesellschaft	[Red bar spanning from 'niedrig' to 'hoch']			
Kategorie	sehr niedrig	niedrig	hoch	sehr hoch																		
Wirtschaft	[Blue bar spanning from 'niedrig' to 'hoch']																					
Umwelt	[Green bar spanning from 'niedrig' to 'hoch']																					
Gesellschaft	[Red bar spanning from 'niedrig' to 'hoch']																					
<p><b>Stärken:</b>                  Die Mittel für Anstossfinanzierung sind grundsätzlich vorhanden. Die energetischen Potenziale sind vorhanden. Zudem verfügt der Kanton St.Gallen über vielfältige und starke Partner im Bildungswesen und in der Wirtschaft. Es liegt ein Energiekonzept als Grundlage für die Umsetzung und eine vorausschauende Energiepolitik vor. Schliesslich besitzt der Kanton mit der SAK ein eigenes Stromversorgungsunternehmen, auf dessen Politik Einfluss genommen werden kann.</p>	<p><b>Schwächen:</b>                  Im Kanton St.Gallen besteht Nachholbedarf beim Verbrauch (der pro Kopf Verbrauch ist im Kanton St.Gallen höher als der schweizerische Durchschnitt). Die hohe Verfügbarkeit von Energie zu günstigen Preisen wird oft noch als Selbstverständlichkeit betrachtet. Das Potenzial von Energieeffizienz und erneuerbaren Energien als Wachstumstreiber wird tendenziell unterschätzt.</p>	<p><b>Herausforderungen:</b>                  Beschleunigte Umsetzung des Energiekonzepts in den direkt beeinflussbaren Bereichen (öffentliche Bauten und Anlagen):</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Steigerung der Energieeffizienz;</li> <li>– Nutzung von einheimischen erneuerbaren Energieträgern;</li> <li>– Vorbildfunktion des Kantons (bei Bauten, Anlagen, Fahrzeugflotte);</li> <li>– Einhaltung der Verbrauchsziele;</li> <li>– Guter Vollzug des Stromversorgungsgesetzes trägt zu geordneten Verhältnissen im liberalisierten Elektrizitätsmarkt bei;</li> <li>– Sicherstellung der Versorgung trotz prognostizierter Versorgungslücken in den Bereichen Netze, Produktion und Lieferung.</li> </ul>																				

## 8.7. Geoinformationspolitik

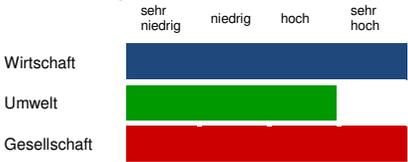
<p><b>Zusammenfassung:</b>                  Geoinformation ist ein zentrales Element der nationalen Infrastruktur jedes modernen Landes und ein Wirtschaftsfaktor von zunehmender Bedeutung. Nachvollziehbare Entscheidungen mit Raumbezug in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft basieren auf Geoinformationen, da sie für die Modellierung und Analyse der räumlichen und zeitlichen Interdependenzen von natürlich und anthropog bestimmten Prozessen und Ansprüchen an den immer begrenzt vorhandenen Raum unabdingbar sind. Der Bund hat dies in seinem Strategiepapier zur Geoinformation 2001 formuliert, ein Geoinformationsgesetz (GeolG) erarbeitet und mit e-geo.ch ein Kontaktnetz zum Aufbau einer Nationalen Geodateninfrastruktur (NGDI) geschaffen, das Teil der E-Government-Strategie des Bundes ist. Die Kantone sind angehalten, bis Mitte 2011 auf kantonaler Stufe die entsprechenden Gesetze zu erlassen, anzupassen und zu ergänzen. Die Kantone werden mit dem GeolG u.a. verpflichtet, einen Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (ÖREB-Kataster) aufzubauen, normierte Geodienste anzubieten und Geometadaten zur Verfügung zu stellen. Mit einer noch zu entwickelnden kantonalen GIS-Strategie ist unter anderem auch der einfache, wettbewerbsneutrale Zugang zu Geodaten im ganzen Kanton St.Gallen zu gewährleisten. Im Rahmen der Bundesvorgaben (Programmvereinbarung 2008 bis 2011) zu eGovernment und Registerharmonisierung müssen sowohl die geocodierten Gebäudeadressen flächendeckend nach CH-Standard (SN-Norm) als auch die Änderung des Lagebezugssystems (neue Koordinaten für die Schweiz, LV95) umgesetzt werden.</p>		<p><b>Verweis:</b>                  Analyse der Staatstätigkeit zum Thema <i>Geoinformationspolitik</i> aus dem Bau-departement.</p> <p>Umfeldmonitoring zum Politikbereich <i>Umwelt und Raumordnung</i>.</p>																				
<p><b>Chancen:</b>                  Geoinformationssysteme steigern die Effizienz, fördern die Standortaktivität und ermöglichen Gewerbe und Industrie, schnell und einfach standortbezogene Informationen abzurufen. Geoinformationssysteme liefern zudem Grundlagen für die Beurteilung von Veränderungen bei allen umweltrelevanten Fragestellungen.</p>	<p><b>Gefahren:</b>                  Der Markt ist monopolistisch geprägt. Der Staat ist in hohem Mass aktiv. Die Umsetzung der Bundesvorschriften erfordern hohe finanzielle und personelle Mittel der öffentlichen Hand.</p>	<p><b>Nachhaltigkeit:</b></p>  <table border="1"> <thead> <tr> <th>Kategorie</th> <th>sehr niedrig</th> <th>niedrig</th> <th>hoch</th> <th>sehr hoch</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Wirtschaft</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Umwelt</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Gesellschaft</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table>	Kategorie	sehr niedrig	niedrig	hoch	sehr hoch	Wirtschaft					Umwelt					Gesellschaft				
Kategorie	sehr niedrig	niedrig	hoch	sehr hoch																		
Wirtschaft																						
Umwelt																						
Gesellschaft																						
<p><b>Stärken:</b>                  Eine relativ grosse Menge an gesetzlich relevanten Datensätzen ist im Kanton St.Gallen bereits verfüg- und einsehbar.</p>	<p><b>Schwächen:</b>                  Mit der bisherigen GIS-Strategie des Kantons werden die st.gallischen Gemeinden unterschiedlich behandelt (IG GIS- und Nicht-IG GIS-Gemeinden bzw. Ausgleichs- und Nichtausgleichsgemeinden).</p>	<p><b>Herausforderungen:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- GIS-Strategie überdenken gemäss Gutachterauftrag über das Geodatenmanagement (RRB 2008/685).</li> <li>- Datenherrschaft klären und vereinheitlichen.</li> <li>- Geobasisdatenkatalog festlegen.</li> <li>- Gleichbehandlung der St.Galler Gemeinden.</li> </ul>																				

## 9. Volkswirtschaft

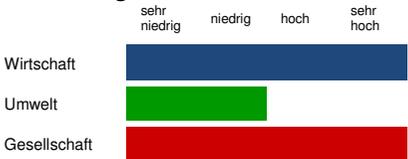
### 9.1. Wissens- und Technologietransfer (WTT)

<p><b>Zusammenfassung:</b>                  Heute zählen Länder wie China und Indien zu den bedeutenden Wirtschaftszentren und stellen Europa vor neue wirtschaftspolitische Herausforderungen. Für ein erfolgreiches Bestehen im globalen Wettbewerb ist Innovation gefragt. Neue Technologien entstehen durch Innovation und sind notwendig, um neue Produkte marktfähig zu machen und die Produktivität zu steigern. In der Forschung und Entwicklung ist die Schweiz vorne dabei. Schwierigkeiten ergeben sich bei der Umsetzung der Resultate in konkrete Produkte und Verfahren. Beim WTT ist zwischen dem Push- sowie dem Pull-Ansatz zu unterscheiden. Beim ersteren wird das Wissen über den Bildungsbereich in den Markt "gepusht". Beim Pull-Ansatz wird der Transferprozess von der Wirtschaft her gezogen.</p> <p>Andere Staaten und Kantone zeigen mit ihren Strategien auf, dass dem WTT in Zukunft eine Schlüsselrolle zukommt. Die Aktivitäten der Bayern Innovativ GmbH im Bundesland Bayern, die in der Wachstumsinitiative des Kantons Aargau vorgesehenen Massnahmen unter dem Titel "Wirtschaftsnaher Forschungspolitik" oder die Stiftung für Innovation, Entwicklung und Forschung des Kantons Graubünden illustrieren dessen Wichtigkeit. Eine Strategie für den WTT fehlt im Kanton St.Gallen. Zudem ist die Rollenverteilung zwischen dem Bildungs- und dem Volkswirtschaftsdepartement nicht geklärt. Die Regierung lässt zurzeit beim Institut für Technologiemanagement an der Universität St.Gallen eine Analyse über den Zustand des WTT im Kanton erstellen. Die Erkenntnisse sollen Aufschluss über den möglichen Bedarf einer Weiterentwicklung des WTT-Prozesses bringen. Das Ergebnis der Studie wird für Ende dieses Jahres erwartet.</p>		<p><b>Verweis:</b>                  Analyse der Staatstätigkeit zum Thema <i>Wissens- und Technologietransfer</i> aus dem Volkswirtschaftsdepartement;</p> <p>Umfeldmonitoring zum Politikbereich <i>Bildung und Forschung</i>; Thema <i>Hochschullandschaft</i>.</p>																				
<p><b>Chancen:</b>                  Aktives Mitgestalten der Hochschullandschaft schafft optimale Rahmenbedingungen und Anreize für Universitäten, Fachhochschulen sowie Private.</p>	<p><b>Gefahren:</b>                  Die Steigerung des öffentlichen Mitteleinsatzes führt nicht zwangsläufig zu mehr Qualität bei Hochschulen und anderen Institutionen. Das Wachstum der Hochschulen führt zu einem "Gemischtwarenladen" und die Konzentration auf die Kernkompetenzen geht verloren.</p>	<p><b>Nachhaltigkeit:</b></p>  <table border="1"> <thead> <tr> <th>Kategorie</th> <th>sehr niedrig</th> <th>niedrig</th> <th>hoch</th> <th>sehr hoch</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Wirtschaft</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td>■</td> </tr> <tr> <td>Umwelt</td> <td></td> <td></td> <td>■</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Gesellschaft</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td>■</td> </tr> </tbody> </table>	Kategorie	sehr niedrig	niedrig	hoch	sehr hoch	Wirtschaft				■	Umwelt			■		Gesellschaft				■
Kategorie	sehr niedrig	niedrig	hoch	sehr hoch																		
Wirtschaft				■																		
Umwelt			■																			
Gesellschaft				■																		
<p><b>Stärken:</b>                  Der Kanton St.Gallen verfügt über eine vielfältige und starke Fachhochschullandschaft. Betriebswirtschaftliches Know-How ist durch die Nähe zur Universität St.Gallen ebenfalls vorhanden. Zudem sind in den Bereichen Mikro-/Nanotechnologie, Materialien, Oberflächen, Optik, Mechanik, Maschinen, Kunststoff etc. "Cluster"-ähnliche Landschaften anzutreffen.</p>	<p><b>Schwächen:</b>                  Im Bereich des WTT existiert keine kohärente Strategie. Der Kanton St.Gallen nimmt Bundesmittel für WTT-Projekte ungenügend in Anspruch. Ausserhalb der Ostschweiz werden zudem die Stärken des Kantons St.Gallen kaum wahrgenommen. Für die Weiterentwicklung des WTT sind die aktuellen Strukturen der Fachhochschule Ostschweiz hinderlich.</p>	<p><b>Herausforderungen:</b>                  Es ist eine kohärente, auf Langfristigkeit ausgerichtete kantonale Strategie für den Wissens- und Technologietransfer zu erarbeiten. Diese soll sowohl den Push- als auch den Pullansatz berücksichtigen. In diesem Zusammenhang sind die Rollen zwischen dem Bildungsdepartement und dem Volkswirtschaftsdepartement zu klären.</p>																				

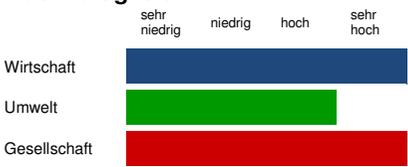
## 9.2. Internationalisierungsstrategie

<p><b>Zusammenfassung:</b> Die Globalisierung und Internationalisierung der Wirtschaft und damit der Unternehmen und der Gesellschaft schreiten rasch fort. Nur Standorte, die sich international ausrichten und Infrastrukturen und Dienstleistungen für international tätige Unternehmen und Schlüsselkräfte anbieten, werden von diesem Trend profitieren und im Wettbewerb um Unternehmen mithalten können. Der Kanton St.Gallen wird als Wirtschaftsstandort im Vergleich zu anderen Standorten in der Schweiz (Genf, Basel, Zürich, Schaffhausen, Bern) schlechter wahrgenommen und wird hinsichtlich der Internationalität tiefer bewertet. Die direkten Konkurrenten des Wirtschaftsstandortes St.Gallen investieren relativ betrachtet mehr in ihre internationale Ausrichtung und in die Internationalisierung der Infrastruktur, des Verwaltungshandelns und der Rahmenbedingungen (vgl. Bayern, Zürich, Schaffhausen, etc.).</p> <p>Die Standortattraktivität und insbesondere die Internationalität ist nicht nur für Neuansiedlungen ein entscheidender Faktor, sondern auch für im Kanton bestehende Unternehmen mit internationaler Ausrichtung. Im zunehmenden Wettbewerb um (qualifizierte) Arbeitskräfte kommt der Attraktivität und Internationalität des Wirtschaftsstandortes zunehmende Bedeutung zu.</p>		<p><b>Verweis:</b> Analyse der Staatstätigkeit zum Thema <i>Internationalisierungsstrategie</i> aus dem Volkswirtschaftsdepartement;</p> <p>Umfeldmonitoring zum Politikbereich <i>Volkswirtschaft</i>, Thema <i>Regionale Entwicklung / Standortattraktivität</i> sowie <i>Soziale Sicherheit</i>, Thema <i>Integration und gesellschaftliche Solidarität</i>.</p>								
<p><b>Chancen:</b> Das Freizügigkeitsabkommen der Schweiz mit der Europäischen Union sowie der Beitritt zu Schengen verstärken die Internationalisierung. Mit dem Inkrafttreten des Freizügigkeitsabkommens ist die Zuwanderung von qualifizierten Personen aus dem EU-/EFTA-Raum in die Schweiz gestiegen.</p>	<p><b>Gefahren:</b> Der Kanton St.Gallen wird als Teil der Metropolitanregion Zürich wahrgenommen. Eine Positionierung als internationaler Wirtschaftsstandort ist aufgrund der peripheren Lage schwierig. Aufgrund des höheren Angebots an Ausbildungs-, Erwerbs- und Unterhaltungsmöglichkeiten wandern qualifizierte Personen in den Grossraum Zürich ab.</p>	<p><b>Nachhaltigkeit:</b></p>  <table border="1"> <thead> <tr> <th>Kategorie</th> <th>Werte</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Wirtschaft</td> <td>hoch</td> </tr> <tr> <td>Umwelt</td> <td>niedrig bis hoch</td> </tr> <tr> <td>Gesellschaft</td> <td>sehr hoch</td> </tr> </tbody> </table>	Kategorie	Werte	Wirtschaft	hoch	Umwelt	niedrig bis hoch	Gesellschaft	sehr hoch
Kategorie	Werte									
Wirtschaft	hoch									
Umwelt	niedrig bis hoch									
Gesellschaft	sehr hoch									
<p><b>Stärken:</b> Es bestehen gute Anknüpfungspunkte für eine weitere Internationalisierung mit der Lage im Vierländereck. Zu nennen sind die Nähe zu Flughäfen mit internationalen Verbindungen (Flughafen Zürich, Business Airport St.Gallen-Altenrhein), internationalisierungsfähige Bildungsinstitutionen (Universität und Fachhochschulen St.Gallen), hohe Lebensqualität sowie internationale Wettbewerbsfähigkeit bei harten Faktoren. Zudem können Interreg IV Projekte in der Euregio-Bodensee die Strategie unterstützen.</p>	<p><b>Schwächen:</b> Der Kanton St.Gallen wird als Standort für internationale Unternehmen und Tätigkeiten zu wenig wahrgenommen. Als ein Bewerber unter vielen fällt der Kanton als Wirtschaftsstandort zu wenig auf. Zudem fehlen unter dem Vorzeichen des demografischen Wandels Antworten zur Sicherung der Arbeitskapazitäten. Die staatlichen Leistungen sind zudem zu wenig international ausgerichtet.</p>	<p><b>Herausforderungen:</b> Im Bildungsbereich sind vermehrt internationale Angebote zu schaffen und bestehende zu fördern. Das Verwaltungshandeln ist auch auf internationale Kunden auszurichten. Eine geeignete Bodenpolitik für internationale Firmen ist notwendig. Das Wohnortmarketing für Investoren und internationale Schlüsselkräfte ist zu forcieren. Die Standortpromotion ist weiter zu internationalisieren. Die Möglichkeiten der Zulassung von Drittstaatenangehörigen sind sicherzustellen. Die Besteuerung natürlicher Personen ist zu verbessern.</p>								

### 9.3. Stärkung der Regionen und der regionalen Zusammenarbeit

<p><b>Zusammenfassung:</b>                  Viele aktuelle und zukünftige Herausforderungen können weder auf kantonaler Ebene noch auf Gemeindeebene gelöst werden. Vermehrt spielen bei der Erarbeitung von Lösungen und Massnahmen regionale Aspekte eine zentrale Rolle. Dies ist zum Beispiel bei der Verkehrs- und Raumplanung, der Wirtschaftsförderung, in der Kulturpolitik oder der Bildung zu beobachten. Der Kanton St.Gallen hat im Jahr 2006 auf diese Entwicklung reagiert, indem eine "Tripartite Plattform Region" (TPR) geschaffen wurde. Dies ist eine Informationsplattform, in der Kanton, Gemeinden und Regionalplanungsgruppen vertreten sind. Die Schaffung solcher und neuer Instrumente ist zwingend notwendig. Denn mit den heute existierenden 300 regionalen "Körperschaften", die in unterschiedlichen Räumen insgesamt rund 60 Aufgaben wahrnehmen, ist eine zukunftsgerichtete Politik nur schwer möglich. Der Kanton Bern verfügt über ein Modell, welches eine direkt-demokratisch abgestützte und verbindliche regionale Zusammenarbeit ermöglicht und das Kantonsgebiet durch sechs Regionalkonferenzen repräsentiert wird. Dass ein regionaler Fokus gefragt ist, ergibt sich auch aufgrund der unterschiedlichen Entwicklungen der einzelnen Regionen des Kantons St.Gallen. Jede Region verfügt über spezifische Stärken und Schwächen und sieht sich mit unterschiedlichen Herausforderungen (Bevölkerung, Infrastruktur, Raumplanung) konfrontiert. Bei der Konkretisierung eines "St.Galler Modells" als dritte Organisationsform neben Gemeindeverband und Zweckverband ist der Zusammenarbeit mit benachbarten Gemeinden in anderen Kantonen, bzw. im benachbarten Ausland besondere Beachtung zu schenken.</p>		<p><b>Verweis:</b>                  Analyse der Staatstätigkeit zum Thema <i>Stärkung der Regionen und der regionalen Zusammenarbeit</i> aus dem Departement des Innern;</p> <p>Umfeldmonitoring zum Politikbereich <i>Volkswirtschaft</i>; Thema <i>Regionale Entwicklung und Standortattraktivität</i>.</p>																				
<p><b>Chancen:</b>                  Mit einem regionalen Ansatz können die Entwicklungspotenziale der Regionen besser ausgeschöpft werden. Die räumlichen Zuständigkeiten der Regionalplanungsgruppen stimmen mit geringen Abweichungen mit den heutigen Wahlkreisen überein.</p>	<p><b>Gefahren:</b>                  Die involvierten Akteure (Kanton St.Gallen, Gemeinden, Regionalplanungsgruppen) können sich nicht auf die Stärkung der Regionen einigen. Der Status quo – insbesondere die institutionellen Strukturen – wird einer Revision bevorzugt.</p>	<p><b>Nachhaltigkeit:</b></p>  <table border="1"> <thead> <tr> <th>Kategorie</th> <th>sehr niedrig</th> <th>niedrig</th> <th>hoch</th> <th>sehr hoch</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Wirtschaft</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Umwelt</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Gesellschaft</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table>	Kategorie	sehr niedrig	niedrig	hoch	sehr hoch	Wirtschaft					Umwelt					Gesellschaft				
Kategorie	sehr niedrig	niedrig	hoch	sehr hoch																		
Wirtschaft																						
Umwelt																						
Gesellschaft																						
<p><b>Stärken:</b>                  Zwischen den Gemeinden besteht bereits eine intensive Zusammenarbeit, insbesondere im technisch-operativen Bereich (z.B. Zweckverbände) und zunehmend auch in strategischen Bereichen (z.B. toggenburg.ch; Verein St.Galler Rheintal). Die regionale Zusammenarbeit reicht über Kantons- und Landesgrenzen. Diese Besonderheit ist sowohl Stärke (Offenheit) als auch Schwäche (institutionelle Legitimation).</p>	<p><b>Schwächen:</b>                  Die Vielfalt regionaler Kooperationen führt zur Verzettelung der Kräfte. Kooperationsentscheide auf regionaler Ebene verfügen über eine niedrige demokratische Legitimation. Privatrechtliche Trägerschaften ohne demokratische Mitwirkungsmöglichkeiten (Vereine, AGs) dienen vermehrt als Alternativen. Dies zulasten der demokratischen Mitwirkungsrechte. Für eine zukunftsgerichtete interkantonale und internationale Zusammenarbeit fehlen die entsprechenden Institutionen und Instrumente.</p>	<p><b>Herausforderungen:</b>                  Die Vielfalt regionaler Kooperationen ist zu reduzieren. Es sind einheitliche, räumliche Zuständigkeiten (Perimetern) mit definierten Grundaufgaben festzulegen. Die direkt-demokratischen Mitwirkungsrechte in regionalen Angelegenheiten sind besser auszugestalten. Die Grundversorgung auf regionaler Ebene (Sicherung der Standortattraktivität und der Lebensqualität im ländlichen Raum) ist sicherzustellen. Vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung ist es wichtig, das regionale Arbeitskräftepotenzial zu erhalten (Stichworte Standortattraktivität und Lebensqualität).</p>																				

### 9.4. Standortwettbewerb

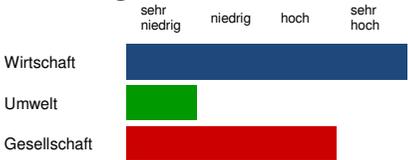
<p><b>Zusammenfassung:</b>                  Der Kanton St. Gallen steht sowohl im interkantonalen wie auch im internationalen Verhältnis im Wettbewerb um attraktive Wirtschafts- und Wohnstandorte. Dieser Wettbewerb orientiert sich an der Höhe der finanziellen Belastung (Steuern, übrige Abgaben), als auch an den staatlichen Leistungen (moderne Infrastrukturen, qualifizierte Arbeitskräfte, flexibles Arbeitsrecht, gesellschaftliche Stabilität). Die Standortattraktivität wird wesentlich durch die Steuerbelastung und die Höhe übriger Abgaben beeinflusst. Dies gilt sowohl für juristische als auch natürliche Personen. Bei der Standortwahl spielen zudem die erwarteten Lebensbedingungen eine zentrale Rolle (Wohnungssituation, Verkehrs- oder Schulangebot). Im Bereich des "Pricings" hat der Kanton St.Gallen aus Sicht des Standortmarketings an laufend Terrain verloren und positioniert sich hinter den Nachbarkantonen. St.Gallen gehört bei den so genannten "short-lists" der Vermittler (Beratungsunternehmen, Rechtsanwälte) nicht zu den Spitzenstandorten. Zudem holen juristische Personen, die der Steuerbelastung einen hohen Stellenwert beimessen, bei Investitionsvorhaben beim Wirtschaftsstandort St.Gallen tendenziell keine Offerten ein. Die Standortnachteile im Bereich des "Pricings" bei den juristischen Personen können derzeit teilweise durch weiche Faktoren (Rechtssicherheit, gute Zusammenarbeit zwischen Kanton und Gemeinden) kompensiert werden. Während sich der Kanton St.Gallen für Einkommen bis 100'000 Franken bei Verheirateten im Mittelfeld positioniert, liegt er für höhere Einkommen auf dem 22. Rang (bis 200'000 Franken) bzw. 19. Rang (bis 500'000 Franken). Eine systematische Akquisition von so genannten Schlüsselpersonen ist mit dieser Rangierung nur schwer möglich und erfolgt im Kanton St.Gallen bislang nicht, obwohl es dafür einen Markt gibt.</p>		<p><b>Verweis:</b>                  Analyse der Staatstätigkeit zum Thema <i>Standortwettbewerb</i> aus dem Finanzdepartement;</p> <p>Umfeldmonitoring zum Politikbereich <i>Volkswirtschaft</i>; Thema <i>Regionale Entwicklung und Standortattraktivität</i> sowie zum Politikbereich <i>Finanzen und Steuern</i>.</p>								
<p><b>Chancen:</b>                  Die Investitionsvorhaben (Würth Gruppe, Stadler Rail, Aldi, Espros Photonics) der letzten 18 Monate bringen nachhaltige Impulse für den Wirtschaftsstandort St.Gallen mit sich.</p>	<p><b>Gefahren:</b>                  Die Finanzkrise mindert den finanziellen Spielraum. Eine mögliche Rezession mindert die Steuereinnahmen. Weitere Steuersenkungen werden erschwert.</p>	<p><b>Nachhaltigkeit:</b></p>  <table border="1"> <thead> <tr> <th>Kategorie</th> <th>Level</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Wirtschaft</td> <td>hoch</td> </tr> <tr> <td>Umwelt</td> <td>niedrig bis hoch</td> </tr> <tr> <td>Gesellschaft</td> <td>sehr hoch</td> </tr> </tbody> </table>	Kategorie	Level	Wirtschaft	hoch	Umwelt	niedrig bis hoch	Gesellschaft	sehr hoch
Kategorie	Level									
Wirtschaft	hoch									
Umwelt	niedrig bis hoch									
Gesellschaft	sehr hoch									
<p><b>Stärken:</b>                  Die Zusammenarbeit zwischen Kanton, regionalen Vertretern und Gemeinden ist vorbildlich. Mit engagiertem Standortmarketing konnten in den letzten Monaten beachtliche Erfolge erzielt und Investitionen für den Kanton St.Gallen gewonnen werden. Die Steuerbelastung der juristischen Personen ist im gesamtschweizerischen Vergleich niedrig.</p>	<p><b>Schwächen:</b>                  Im interkantonalen Steuerwettbewerb um die natürlichen Personen ist der Kanton St.Gallen in einer schlechten Ausgangslage, d.h. das Pricing für Schlüsselpersonen ist relativ hoch. Die Stärken des Kantons St.Gallen werden ausserhalb der Ostschweiz nicht entsprechend wahrgenommen. Es existieren viele Einzelinitiativen, die nicht in einer kohärenten Strategie eingebettet sind. Ausserdem ist im Bereich Wohnortmarketing die Standortförderung kaum engagiert.</p>	<p><b>Herausforderungen:</b>                  Die Positionierung im interkantonalen bzw. internationalen Steuerwettbewerb ist zu verbessern. Dies ist gerade auch bei den natürlichen Personen notwendig. Über eine aktive Produktgestaltung (proaktives Aufbereiten von Wohnstandorten im mittleren und v.a. oberen Preissegment und systematische Akquisition von Schlüsselpersonen) sind die Nachteile bei der Steuerbelastung (Pricing) zu kompensieren. Im Bereich "Wohnortmarketing" besteht grosses Potenzial.</p>								

## 10. Finanzen und Steuern

### 10.1. Risikomanagement und Internes Kontrollsystem (IKS)

<p><b>Zusammenfassung:</b> Bei Risikomanagement geht es um einen vom obersten Führungsgremium überwachten Prozess. In einem solchen Prozess werden Risiken zuerst strukturiert und bewertet. Anschliessend wird festgelegt, wie mit diesen Risiken umgegangen wird: wer sie kontrolliert und wie das Reporting funktionieren soll.</p> <p>Kantonsintern wird derzeit in einem Projekt der Bedarf nach einem juristischen Risikomanagement näher abgeklärt. Es geht dabei um Risiken, für deren Beurteilung und/oder Absicherung juristisches Wissen notwendig ist. Das juristische Risikomanagement befasst sich einerseits mit Massnahmen, welche den Eintritt eines Schadens verhindern oder die Höhe des Schadens vermindern sollen, andererseits mit Massnahmen, welche der Schadensabwicklung dienen (Abwehr oder Geltendmachung von Schadenersatzforderungen). In der Privatwirtschaft haben das Risikomanagement und der Aufbau von IKS-Systemen durch die Governance-Diskussionen (economiesuisse, swiss code of best practice for corporate governance) sowie durch die Revision des Gesellschaftsrechts Unterstützung erhalten.</p>		<p><b>Verweis:</b> Analyse der Staatstätigkeit zum Thema <i>Risikomanagement und Internes Kontrollsystem (IKS)</i> aus dem Finanzdepartement;</p>								
<p><b>Chancen:</b> Die Schaffung bzw. der Ausbau eines umfassenden Risikomanagements bietet die Möglichkeit grosse Schäden zu vermeiden. Solche könnten mit einem umfassenden Risikomanagement zumindest gering gehalten oder wenigstens versichert werden.</p>	<p><b>Gefahren:</b> Insbesondere das derzeitige Fehlen eines Legalriskmanagements kann erhebliche Folgekosten verursachen. Die Fehler, die zum Beispiel im Zusammenhang mit der Bewilligungserteilung von Bauten und Anlagen gemacht werden können, die über ein hohes Gefährdungspotenzial (Störfallrisiken) für Leib, Leben oder Umwelt verfügen, können hier nicht nur unabsehbare finanzielle Folgen haben, sondern auch gesellschaftlich ausgesprochen relevant sein.</p>	<p><b>Nachhaltigkeit:</b></p> <table border="1"> <thead> <tr> <th>Kategorie</th> <th>Nachhaltigkeit</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Wirtschaft</td> <td>hoch</td> </tr> <tr> <td>Umwelt</td> <td>niedrig</td> </tr> <tr> <td>Gesellschaft</td> <td>niedrig</td> </tr> </tbody> </table>	Kategorie	Nachhaltigkeit	Wirtschaft	hoch	Umwelt	niedrig	Gesellschaft	niedrig
Kategorie	Nachhaltigkeit									
Wirtschaft	hoch									
Umwelt	niedrig									
Gesellschaft	niedrig									
<p><b>Stärken:</b> Der Kanton vollzieht ein gut verankertes Risk Management im engeren Sinn.</p>	<p><b>Schwächen:</b> Es existiert kein systematisches integriertes Risikomanagement im umfassenden Sinn. So gibt es kein IKS gemäss Musterhaushaltsgesetz der FDK und kein juristisches Risikomanagement.</p>	<p><b>Herausforderungen:</b> Die Einführung eines Risikomanagement als übergreifendes Handlungsprinzip.</p>								

## 10.2. Finanz- und Steuerstrategie

<p><b>Zusammenfassung:</b> Der Kanton St.Gallen hat im Vergleich zu anderen Kantonen der Ostschweiz eine relativ hohe Steuerbelastung dafür aber eine tiefe Staatsverschuldung bzw. gesunde Staatsfinanzen.</p> <p>Im Jahr 2007 belief sich der Aufwand des Staatshaushaltes auf 3,76 Milliarden Franken. Die Einnahmen wurden u.a. wie folgt verwendet: 22% für Bildung, 17% für soziale Wohlfahrt, 13% für Gesundheit, 10% für Finanzen und Steuern und 9% Verkehr. Die Ausgaben wurden zu rund 50% mittels Steuern finanziert. Weitere wichtige Einnahmequellen bilden die Beiträge von Bund und Gemeinden (11%), Entgelte (u.a. Gebühren) und Rückerstattungen von Gemeinwesen (10%) sowie Vermögenserträge (5%). Bei den Ausgaben pro Kopf der Bevölkerung liegt der Kanton St.Gallen knapp unter dem schweizerischen Durchschnitt.</p> <p>Die Steuerbelastung von natürlichen Personen liegt im Kanton St.Gallen über dem schweizerischen Durchschnitt. Während sich der Kanton St.Gallen für Einkommen bis 100'000 Franken bei Verheirateten im Mittelfeld positioniert, liegt er für höhere Einkommen auf dem 22. Rang (bis 200'000 Franken) bzw. 19. Rang (bis 500'000 Franken). Eine systematische Akquisition von sogenannten Schlüsselpersonen ist mit dieser Rangierung nur schwer möglich und erfolgt im Kanton St.Gallen bislang nicht, obwohl es dafür einen Markt gibt. Juristische Personen werden demgegenüber tiefer besteuert als der schweizerische Durchschnitt. Hier liegt St.Gallen zwar hinter den Nachbarkantonen – trotzdem positioniert er sich in der vorderen Hälfte.</p>		<p><b>Verweis:</b> Analyse der Staatstätigkeit zu den Themen <i>Finanz- und Steuerstrategie</i> und Standortwettbewerb aus dem Finanzdepartement;</p> <p>Umfeldmonitoring zum Politikbereich <i>Finanzen und Steuern</i>; Thema <i>Finanzen und Steuern</i>.</p>								
<p><b>Chancen:</b> Mit einer dynamischeren Steuerstrategie kann die Wettbewerbsposition des Kantons verbessert werden. Die Gemeinden sind an einem attraktiven Steuerklima interessiert und tragen die Steuerstrategie des Kantons mit.</p>	<p><b>Gefahren:</b> Der Kanton St.Gallen weist eine andere Struktur auf als die Kantone Schwyz und beide Appenzell und hat durch seine Lage vermehrt Zentrumsaufgaben wahrzunehmen.</p>	<p><b>Nachhaltigkeit:</b></p>  <table border="1"> <thead> <tr> <th>Kategorie</th> <th>Level</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Wirtschaft</td> <td>hoch</td> </tr> <tr> <td>Umwelt</td> <td>niedrig</td> </tr> <tr> <td>Gesellschaft</td> <td>hoch</td> </tr> </tbody> </table>	Kategorie	Level	Wirtschaft	hoch	Umwelt	niedrig	Gesellschaft	hoch
Kategorie	Level									
Wirtschaft	hoch									
Umwelt	niedrig									
Gesellschaft	hoch									
<p><b>Stärken:</b> Was die Belastung der Unternehmenssteuern anbelangt, befindet sich der Kanton St.Gallen gesamtschweizerisch in einer guten Position. Zudem weist der Kanton St.Gallen keine Schulden aus.</p>	<p><b>Schwächen:</b> Im interkantonalen Steuerwettbewerb um die natürlichen Personen ist der Kanton St.Gallen in einer schlechten Ausgangslage. Die Aufwandseite des Kantons weist hohe Wachstumsraten aus.</p>	<p><b>Herausforderungen:</b> Der interkantonale Steuer- und Standortwettbewerb wird nach wie vor offensiv geführt und spitzt sich tendenziell immer noch weiter zu.</p>								